

Bezugspreis:

Wöchentlich 65 Goldpfennig vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Posen, Westpreußen 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzbandbindungen nur gegen vorbestimmte Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Erdkunde und Reiseberichte“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2306-2307

Freitag, den 8. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diefenbach-Gesellschaft, Postfach 110, Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Restomergel 1,50 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Einzelexemplare das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellfrist von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Reichsregierung für Lebensmittelzölle! Programmrede des Ernährungsministers.

In dem Lehrgang der Landwirtschaftskammer in Königsberg hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf von Kanitz, am 7. Februar eine Rede gehalten, in der er unter anderem ausführte:

Als ich Ende Oktober mein heutiges Amt übernahm, sah es trostlos aus. Die so viel geschmähte Reichsgetreidestelle ist damals unsere Rettung gewesen. Sechs Wochen lang haben wir fast ausschließlich von ihr gelebt. Die Grundlage für die Ernährung wird immer die eigene Scholle sein. Diese ist heute in großer Gefahr, weil die Agrarkrise ein sehr gefährliches Ausmaß angenommen hat. Die deutsche Agrarkrise ist nur ein Teil der Weltagrarkrise, die dadurch herbeigeführt wurde, daß einmal fast sämtliche Länder während des Krieges ihre Getreideanbauflächen vergrößert und ihr Vieh stark vermehrt haben, daß andererseits eine relativ gute Welternte zu verzeichnen ist und zum dritten die Kauflust der Völker enorm abgenommen hat. Der Ueberfluß der Weltgetreideernte, die von dem Konsum nicht aufgenommen werden kann, wird auf 7 bis 10 Millionen Tonnen geschätzt. Die deutsche Landwirtschaft leidet naturgemäß besonders schwer unter der Weltagrarkrise, weil Deutschland durch die Festhalten von Verträgen nicht imstande ist, seine Landwirtschaft in irgendeiner Weise zu schützen.

Vom Jahre 1923 ab sind wir vom Zustand der „einseitigen Weltbegünstigung“ unseren Feinden gegenüber entbunden. Dann müssen wir wieder zu Handelsverträgen mit dem Ausland kommen, durch die für die heimischen Industrieerzeugnisse und für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der notwendige Schutz geschaffen wird.

Die Erzeugerpreise für Vieh und Getreide sind gegenwärtig viel zu niedrig. Der unerträgliche Steuerdruck zwingt den Landwirt zum vorzeitigen Verkauf der Ernte zu jedem Preise. Die Erzeugerpreise für Vieh sind auch völlig unhaltbar. Es gibt auch zu viel Händler und zu viel Fleischer. Der Fleischkonsum in Deutschland ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Wie kann die Landwirtschaft diese gefährliche Zeitspanne überleben? Man sagt wohl, die Substanz solle erspart werden, eine Erleichterung der landwirtschaftlichen Substanz ist ein bloßes Schlagwort, wenn feinerer Nachdruck nach landwirtschaftlichem Grund und Boden besteht. Der einzige vorläufige Ausweg ist der großzügige und sofortige Ausbau des Personalcredits. Durch Eingreifen des Reichsbankpräsidenten wird auf diesem Gebiete in allernächster Zeit Wandel geschaffen werden. Die Reichsbank wird in der Frage der Unterkreditierung auf den Wechseln Entgegenkommen zeigen und auch die Prolongation der Wechsel bis zur neuen Ernte anerkennen.

Der Minister verteidigte sich dann gegen die bekannten Angriffe des deutschen Abg. von Biehme. Wenn Herr von Biehme, sagte er, bemängelt, daß ich taxieren wolle, wie die Landwirtschaft durch den Steuerdruck erdrückt wird, so möchte ich Herrn von Biehme daran erinnern, daß ich gleichfalls Landwirt und ich persönlich genau so pleite bin wie er, trotzdem ich den festen Willen habe, diese schwere Krisenzeit zu überleben! Ich glaube auch, daß eine deutsche nationale Regierung genau so wie das heutige Kabinett in die peinliche Zwangslage versetzt wäre, rassistische, ja sogar vorübergehend produktionshemmende Steuern auszusprechen, wenn sie den Reichshaushalt balancieren will. Wenn Herr von Biehme mir des weiteren vorwirft, warum ich nichts dazu täte, um schon jetzt Schutzmaßnahmen für die Landwirte einzuführen, so ist dieser Appell an mich, der ich in der Luft des „Antrags Kanitz“ und der Handelsverträge aufgewachsen bin, zum mindesten aber verständlich. Ohne mich an dieser Stelle ausführlich zur Zollschußfrage äußern zu wollen, möchte ich Herrn von Biehme fragen, wie er das Rätsel lösen will, wirklame Zölle einzuführen, solange wir die offene Grenze nach dem Westen haben! Oder sollte Herr von Biehme die Zollgrenze gegen das deutsche besetzte Gebiet aufrichten wollen?

Das deutsche Volk ist das geduldigste Volk der Welt, dieses stille Dulden großer Vorkämpfe, das Ertragen von schlimmsten Entbehrungen, ohne zu klagen, dieses — wir wollen es offen aussprechen — Dahinstehen vieler, ohne viel Aufhebens davon zu machen, dieser ruhige und gewaltlose Heroismus ist erschütternd und soll für uns Landwirte der Ansporn sein, nicht den Mut sinken zu lassen, auch wenn alles zurzeit noch so trostlos aussieht. Die deutsche Landwirtschaft hat sich nach den unglücklichen Kriegen vor 120 Jahren, abgesehen es ihr damals noch viel schlechter ging, auch wieder empor gearbeitet. Nach menschlicher Berechnung ist es nur eine obdunkle Spanne Zeit, in der wir verzweifelt die Zähne zusammenbeißen müssen.

Und seien wir ferner dessen eingedenk, daß die Führung im Staate nur der haben wird, der heute Opfer bringt. Die Wirtschaftssorgen des zu unseren Ungunsten ausgehenden größten aller Kriege nimmt uns keine Macht der Welt ab! Die Rede des Ministers wurde mit lebhaftem wiederholtem Beifall aufgenommen.

Mit der Rede des Grafen Kanitz sind alle Schleier zerissen. Der Landwirtschaft, die sich nach der freien Wirtschaft beifer geschrien hat, der gegen den Willen der Sozialdemokratie in allem und jedem nachgegeben worden ist, ihr wird jetzt durch einen Minister des Kabinetts Marx die Zwangswirtschaft der durch Schutzzölle nach oben zu treibenden Preise versprochen. Dem Arbeitnehmern wird Lohn und Gehalt gekürzt, die

Beamten werden abgebaut, der Mittelstand wird mit Aufwertungschwindel genarrt, die Sozialversicherung soll „eingespart“ werden, zugleich fließt der Kredit in großen Summen zur Landwirtschaft, ihre Wechsel werden von der Reichsbank freundlich behandelt, und obendrein kommt der Zollschuh.

Es handelt sich nicht um die zufällige Entgleisung eines Ministers. Der Graf Kanitz hat dem allgemeinen Ansturm der Landwirte auf die darbenenden Ständer nur die offizielle Genehmigung des Reichskabinetts überbracht, anders ist seine Rede nicht zu erklären.

Die Brandenburgische Landwirtschaftskammer, die Bayerische Volkspartei und im besonderen die „Deutsche Tageszeitung“, sie rufen heute zugleich mit dem Reichsernährungsminister nach Verteuerung der Lebensmittel! Das ist die neue Einheitsfront gegen die armen Leute! Was nützen fromme Worte des Papstes, was vernünftige demokratische Änderungsvorschläge zur dritten Steuernotverordnung, wenn Deutschland von den Franzosen und von den Agrariern ausgebeutet wird? Das wäre die endgültige Vernichtung von 20 Millionen Menschen, die nicht in der Lage sind, Preise zu zahlen, die Herr von Kanitz für ausreichend erklärt. Und das alles bei vollen Scheuern, bei, wie uns vom Ernährungsminister bestätigt wird, einer guten Ernte.

Weiß die Reichsregierung angesichts der Not des Volkes nicht, daß die Preistreiber der Landwirte und ihre Wucherpropaganda den Frieden des Landes brechen?

Schacht über die Goldnotenbank.

Im Rahmen der Landwirtschaftlichen Woche in Königsberg sprach gestern Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Frage: Währung und Landwirtschaft. Er führte u. a. aus:

Die ganze Entwicklung der letzten Jahre auf dem Währungsgebiet hat auch die Landwirtschaft auf das schwerste betroffen. Ursprünglich zwar hat die Landwirtschaft im Anfang der Inflation von dieser in starkem Umfange Nutzen gezogen. Aber die rasche Selbstentwertung hat namentlich in der letzten Periode der Inflation vielmehr nichts als zu verheerend gewirkt wie in der Landwirtschaft. Der Grund liegt darin, daß der Kapitalumlauf sich in der Landwirtschaft unendlich viel langsamer vollzieht als in den übrigen Berufsgruppen, besonders dem Handel. Wohl hat die Landwirtschaft die Möglichkeit gehabt, eine gewisse Vorratswirtschaft zu treiben und ihr liquides Kapital in Sachwerten anzulegen, aber es ist ohne weiteres ersichtlich, daß diese etwas plötzliche und erzwungene Investierung nicht so planmäßig hat vor sich gehen können, wie sie bei ruhiger und langsamer Entwicklung erfolgt wäre. Wie überall, ist man auch in der Landwirtschaft sehr bald zu einer Art von Selbsthilfe gegenüber diesem Währungsverfall übergegangen. Wir erleben sie in der ganz ursprünglichen Form in der Roggenwährung. Die Selbsthilfe hat versucht, ein wenig Besserung zu schaffen, bis zu dem Augenblick, in dem die Staatsmaßnahmen die Währungsreform einführen, die wir heute mit einer bewundernswürdigen Nachhaltigkeit sich haben durchsetzen sehen.

Die Kaufkraft des ganzen Volkes ist ungeheuer zurückgegangen. Der Staat ist auf sich selbst angewiesen. Die Folge davon ist eine Steuerbelastung, wie wir sie wohl überhaupt noch nie in einem Staat erlebt haben. Diese muß dahin führen, daß, wenn nicht eine grundsätzliche Änderung in unserer ganzen Wirtschaft und damit in unseren Beziehungen zum Ausland eintritt, voranschreitend die ausgedehnten Steuern in der nächsten Zeit nicht mehr eingehen werden. (Lebhaftes: Sehr richtig!)

Was insbesondere die Landwirtschaft anlangt, so ergibt sich aus einer Berechnung, die wir uns erlaubt haben, dem Sachverständigenausschuß vorzulegen, daß die laufende Belastung etwas mehr als die Hälfte des Reinertrages der Landwirtschaft ausmacht. Hinzukommt der Mangel an flüssigem Betriebskapital. Der Kredit der deutschen Landwirtschaft abzuhelfen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben jedes Kreditinstitutes. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich für die Reichsbank als Zentralinstitut diese Notwendigkeit in vollem Umfange anerkenne. — Dr. Schacht befaßte sich dann in längeren Ausführungen mit der Frage, wie er sich eine Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiet denke.

Die Errichtung der Goldnotenbank ist eine Aufgabe, die auch für die landwirtschaftlichen Berufskreise von allergrößter Bedeutung ist. Ich möchte mich auf den Abg. Dr. Heffner berufen, der in seinen Ausführungen im Reichswirtschaftsrat hervorgehoben hat, daß wir neben der Rentenmark einen Devisenausgleichsfonds schaffen müssen, damit die Rentenmark nicht in unmittelbare Verbindung mit der Devisen kommt, und dadurch zu einem Spekulationsobjekt wird. Wir müssen verhindern, daß die Rentenmark an das Ausland gegen Gold verkauft wird. Da wir aber die Verbindung mit dem Ausland und infolgedessen ein auswärtiges Zahlungsmittel brauchen, das nur auf Gold basieren kann, so müssen wir diesen Devisenausgleichsfonds in irgendeiner Weise schaffen. Ich bringe die Rentenmark außer Gefahr, mit der Devisen in Verbindung zu kommen. Das ist das lebhafteste Interesse, das auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus die Errichtung der Goldnotenbank fordert. Vom ersten Tage an, an dem ich zum Präsidenten der Reichsbank ernannt worden bin, habe ich die unmittelbarsten

Schritte ergriffen, um die Errichtung der Goldbank in die Wege zu leiten. Bei den Verhandlungen in London und Amsterdam habe ich den Eindruck gewonnen, daß unsere währungspolitische Situation im Ausland durchaus richtig verstanden wird, und daß im eigenen Interesse aller der Länder, die mit uns im Wirtschaftsverkehr stehen, die Notwendigkeit der Errichtung einer deutschen Goldbank eingesehen wird, und daß ein gewisses Interesse vorhanden ist, uns bei Errichtung der Goldbank zu helfen.

Ritten aus dieser Arbeit heraus bin ich vor das Expertenkomitee nach Paris berufen worden und habe dort meine Gedankengänge entwickelt. Eineswils bin ich auf lebhafteste Zustimmung gestoßen, andererseits auf den Gedanken, daß es nicht genüge, eine Goldbank für die derzeitigen Verhältnisse zu schaffen, sondern daß man eine definitive Goldwährung für Deutschland schaffen müsse.

Ich habe den Herren darauf immer nur eins erwidert: Im Grundbin ich mit euch einig, daß wir diese Goldwährung in Deutschland wieder einmal haben müssen, und ich freue mich, wenn ihr uns zu einer solchen Lösung helfen wollt. Ich will euch auch gerne glauben, daß es euch gelingen wird, in wenigen Wochen zu einem abschließenden und einheitlichen Botum in dieser Richtung zu gelangen in den Berichten, die ihr an die Reparationskommission erstatten werdet. Aber es ist die Frage, was dann aus diesen Berichten werden wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen, die wir in den ganzen Reparationsverhandlungen gemacht haben, muß ich annehmen, daß es nicht Wochen, sondern Monate dauern wird, ehe aus eurem Bericht ein einheitlicher Beschluß der alliierten und assoziierten Regierungen herauskommen wird. Bis dahin zu warten, haben wir nicht die Zeit.

Wir brauchen für die Wiederbelebung der deutschen Industrie, die heute durchschnittlich nur mit 50 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt ist, Goldkredite und neues Goldkapital, damit sie im internationalen Wirtschaftsaustausch ihren Mann stehen kann. Wenn wir heute noch 3 bis 4 Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter in Deutschland aus Staatsmitteln zu ernähren haben, so ist das eine Situation, die für ein Volk, wie für das unsrige, nicht tragbar ist.

Wir müssen unter allen Umständen unsere Produktionsquellen, sei es in der Landwirtschaft, sei es in Handel und Industrie, sei es im Bergbau oder der sonstigen Urproduktion wieder auf 100 Proz. der Leistungsfähigkeit bringen. Wir müssen aus dieser augenblicklichen entsetzlichen Situation wieder heraus. Ich habe versucht, den Herren begreiflich zu machen, daß nur auf diesem Wege überhaupt etwas herauszuholen ist. Wenn sie dem Gedanken nicht Rechnung tragen, dann werden wir weder zu einer gesunden Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens kommen, noch werden die alliierten und assoziierten Regierungen Reparationen aus Deutschland erhalten können.

Ich hoffe, daß die Einsicht groß genug ist, um unsere Bestrebungen auf Errichtung dieser Goldbank nicht zu schanden zu machen, sondern uns damit endlich das Instrument in die Hand zu geben, das uns gestattet, wieder voranzukommen, zu arbeiten.

Der Thüringer Wahlkampf.

P. G. Weimar, 6. Februar.

Im Mittelpunkt des gegenwärtigen in Thüringen entbrannten Wahlkampfes steht die Frage: Soll Thüringen als eine der letzten sozialistisch-republikanischen Machtpositionen der deutschen Arbeiterkammer stehen bleiben oder fallen? Im sozialistischen sowohl wie im bürgerlichen Lager ist man sich darüber klar, daß die Entscheidung dieser Frage nicht nur für Thüringen, sondern für das ganze Reich von außerordentlicher Bedeutung ist. Die sozialistische Thüringer Regierung hat es gewagt, inmitten der Flut steigender Reaktion den Aufbau eines Staatswesens in Angriff zu nehmen, dessen Weiterführung im Sinne sozialen und kulturellen Fortschritts geplant war. Das Störungsfeuer aus dem bürgerlich-reaktionären sowie aus dem kommunistischen Lager, das die Thüringer sozialistische Regierung vom ersten Tage ihrer Amtstätigkeit an begleitete, trug nur dazu bei, das, was sie im Interesse des Volksganzen für notwendig hielt, beschleunigt durchzuführen und in der Befehlsgebung zu verankern. So entstand u. a. das Gesetz über die Kreisenteilung, dessen Grundgedanke war, die Verwaltungsorganisationskörper des Landes nur nach den Bedürfnissen einer kraftvollen kommunalwirtschaftlichen Betätigung aufzubauen. Eine neue Gemeinde- und Kreisordnung wurde geschaffen, die die politischen Grundrechte, wie sie die Reichsverfassung vorsieht, auch grundsätzlich auf die Gemeinden überträgt. Neben diesen Gesetzen von fundamentaler Bedeutung für den Aufbau Thüringens entstand das für den kulturellen Fortschritt bedeutsame Gesetz über die Durchführung der Einheitschule, das jetzt so sehr angefeindet wird, im Landtag aber auch bei dem Land und starke Sympathien gefunden hat. Das Menschmögliche wurde versucht, die als Folge des Krieges und der Kriegszeit eingetretene

Rat zu ändern, wobei die sozialistische Regierung allerdings das Verbrechen beging, die Besitzenden zu höheren Steuerleistungen heranzuziehen. Diese konsequente Aufbauarbeit im sozialistischen Sinne wurde für die bürgerliche Reaktion in Thüringen unerträglich. Ihr Wiedererstarken im Reiche blieb nicht ohne Wirkung auf die Thüringer Verhältnisse. Es legte ein Kampf ein, der jetzt seinen Gipfel erreicht hat. Der Kampf um die Erhaltung einer sozialistischen Regierung Thüringens wird von der Sozialdemokratie gegen zwei Fronten geführt. Denn auch die Romane, mit deren Hilfe im Landtag die wichtigsten Aufbaugesetze angenommen wurden, scheuen sich nicht, wegen einer Anzahl dieser Gesetze die sozialistische Regierung herabzuwürdigen und maßlos zu bekämpfen.

Es hieße, dem reaktionären Bürgertum zuviel Ehre antun, wollte man voraussetzen, daß es in seinem Kampfe gegen den Sozialismus sich sachlich mit sozialistischer Arbeit und sozialistischen Ideen auseinandersetzen vermöchte. Gerade der Thüringer Wahlkampf beweist, daß die Hauptwaffen des Bürgertums Lügen, Verleumdungen und schmutzige, persönliche Angriffe sind. Ja, das Thüringer Bürgertum ist so arm an eigener intellektueller Kraft in diesem Wahlkampfe, daß es den Hauptteil seiner Stimulationen aus Erfurter und Berliner Klatschen bezieht. Es ist ein ergötzlicher Anblick, wie die Feinde der sozialistischen Regierung sich bemühen, äußerlich ihrem Kampfe eine gewisse Grobheit zu verleihen, ihn „amerikanisch“ aufzuführen, während aus jedem Buchstaben ihrer Flugblätter, aus jedem Worte ihrer Redner die armselige deutsche Spießbürgerseele hervorlugt.

**„Das ganze Land ist auf dem Hund,
Drum wählet jetzt den Ordnungsbund!“**

So lautet die Parole jener zu einem Brei zusammengeführten bürgerlichen Parteien Thüringens, die es unternehmen, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. In diesem berühmten Ordnungsbund hat sich alles zusammengefunden, was da glaubt, im Trüben des Ausnahmezustandes fischen zu können, wobei die meckwürdigsten Paarungen zustandekommen. Im Ordnungsbund sind außer den großen politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten vertreten: Beamtenbund, Handlungsgehilfen, Angestelltenverbände, Gastwirtsverband, Handwerker, Hausbesitzer, Vaterländische Arbeiter, Gewerkschaftsring, Vaterländische Verbände usw., die alle das „auf den Hund gekommene“ Land retten wollen. Nachdem jahrelang von diesen Leuten versucht wurde, den Kredit Thüringens durch leichtsinnige Anzweiflungen der Thüringer Finanzwirtschaft zu erschüttern, jeder Fortschritt auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet durch offenen und geheimen Widerstand sabotiert werden sollte, nachdem sie ihre Lügen über die Tüchtigkeit sozialistischer Minister und Beamter so oft wiederholt haben, bis sie sie selbst glaubten, treten diese Ordnungsbundhelden her und versuchen sich als die Retter Thüringens auszuspielen. Die Annahmung wird höchstens durch die groteske Art und Weise übertroffen, mit der versucht wird, die Stimmung der Bevölkerung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. An die niedrigsten Instinkte der Wählerschaft wird appelliert, wobei das Herumschnüffeln in der Unterwäsche der Beschädigten, Verächtlichmachung ihrer früheren Berufstätigkeit, Vorwürfe über Krippenwirtschaft eine besondere Rolle spielen. In den seltensten Fällen bringt die eine oder andere Zeitung des Ordnungsbundes den Mut auf, ihr eingelebte Richtigkeitssinn zu hanebüchenen Verleumdungen zu veröffentlichen, die Mehrzahl findet es ganz in der Ordnung, selbst nachgewiesene Lügen ruhig weiter zu verbreiten. Eine nicht unwesentliche Unterstützung gewährt den Bürgerlichen in ihrem Kampfe der Ausnahmezustand. Die Sympathie des Heeresanwalts scheint voll und ganz dem Ordnungsbund zu gehören. So geschieht von dieser Seite so mancherlei, um der Sozialdemokratie Abbruch zu tun.

Die thüringische Partei geht durch eine harte Schule und die Lehren, die daraus zu ziehen sind, dürften für den nächsten großen Kampf im Reiche nicht bedeutungslos sein. Der Gegner fühlt sich stark; in uns ist es, zu beweisen, daß wir es sind.

Abrechnung mit Kahr.

Die verlegene Regierungspartei.

München, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf die Abrechnung, die der sozialdemokratische Abg. Saenger am 1. Februar im Plenum des Landtags mit der bayerischen Regierungspartei hielt, antwortete am Mittwoch der Führer der Bayerischen Volkspartei Held in einer Rede, die durch ihre Resignation und Würdigkeit allgemein aufgefassen ist. Er wühlte gegen die Anklage der Sozialdemokratie nichts anderes zu erwidern, als daß ihre Resolution im Jahre 1917 die wirtschaftliche und finanzielle Not von heute verschuldet habe. Dagegen trat nun Genosse Saenger am Donnerstag nochmals auf den Plan und fertigte die verlogene Phrasen vom Dolchstoß usw. mit einem derart erdrückenden Material ab, daß seine zweiwöchentliche Rede auch die gespannteste Aufmerksamkeit der rechten Seite des Hauses fand. Am Schluß seiner Rede charakterisierte er nochmals die innere Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit der bayerischen Regierungspartei der letzten vier Jahre, wie sie durch das System Kahr repräsentiert wird. Saenger richtete sich dabei insbesondere auf die soeben erschienene Broschüre des angesehenen Staatsrechtlers der Münchener Universität Prof. Rothemann, die in den politischen Kreisen Münchens bereits außerordentliches Aufsehen erregt hat. In dieser Broschüre rühre sich ganz offensichtlich das Gewissen eines Mannes, für den Recht und Gerechtigkeit auch im politischen Leben notwendige Voraussetzungen sind. Die Broschüre dramatisiert Zustände, über die sich ein Stoat im fernsten Afrika schämen müßte. Deshalb müsse man den Justizminister fragen: Wie lange vertritt er sein Rechtsgewissen, wie lange trägt er sein Ministeramt, doch dieser korruptive Zustand fortbauert, daß der eine Hochverräter (Kahr) als Inhaber der höchsten vollziehenden Gewalt in Bayern die Schergen sammelt, um gegen jene ehemaligen Freunde vorzugehen. Es gebe in der deutschen Sprache kein Wort, das eine solche Korruption genügend charakterisieren könnte.

Bezeichnend war, daß vor dem Genossen Saenger der Minister des Innern Dr. Schwegler die handlungsgemäße des Generalstaatskommissars am 8./9. November als eine staatspolitische Leistung ersten Ranges bezeichnete. Man wird abwarten müssen, was der Justizminister Gütler, ein Deutschnationaler, am Freitag zu den ungeheuerlichen Feststellungen des ordentlichen Professors der Münchener Universität zu sagen haben wird.

Nach dem Willen der reaktionären Landtagsmehrheit (Bayer. Volkspartei und Deutschnationale) soll der Sonntag seine jetzige Schlußtagung in der kommenden Woche aussetzen, damit die Angeordneten dieser Parteien Zeit finden zur Agitation für ihr Volkstgehehen draußen im Lande. Diese Agitation scheint bitter nötig zu sein, wenn die Kriden der Deutschnationalen und der vaterländischen Verbände von der Bayerischen Volkspartei nicht vergeblich eingehandelt sein sollen. Bis zum 5. Februar hatten sich in München einbezogen für des erste Volksbegehren (Auflösung des Landtags) 13 783 und für das zweite Volksbegehren (Änderung der Verfassung) 12 861 Personen; in Nürnberg, wo die Bayerische Volkspartei bei den letzten Wahlen rund 16 000 Stimmen zählen konnte, hat er sich bis zum Sonntag erst 1206 bzw. nur 990 Personen eingetragen. Wie verlautet, wird von der Opposition am Freitag im Landtag ein Antrag eingebracht, die Neuwahlen zum Landtag auf den 6. April festzusetzen und demgemäß den jetzigen Landtag mit dem 5. April aufzulösen.

München, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung eines völkischen Blattes Münchens muß sich Hitler, der bei dem Zusammenstoß am 9. November bekanntlich einen Armbruch erlitten hatte, einer Operation unterziehen, da die bisherigen Heilveruche zur Wiederherstellung der völligen Bewegungsfreiheit des verletzten Armes keinen Erfolg hatten. Ob die Operation noch vor dem Prozeß vorgenommen wird, steht noch nicht fest.

Im Zustand des in einer bekannten Münchener Privatklint untergebracht, Bochner ist noch derselben Ursache noch keine Besserung eingetreten. Die Weiterbildung von Magen- und Darmgeschwüren, die durch die veränderte Lebensweise in der Haft in ein kritisches Stadium getreten, sein soll, konnte noch nicht verhindert werden.

Das Erwerbslosenproblem in Preußen.

Ein sozialdemokratischer Antrag im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit Anträgen über die Erwerbslosenfrage. Es lag vor ein sozialdemokratischer Antrag über die Rat der Erwerbslosen, über die Erstellung von Kleinwohnungen und über Wohnungsfragen, sowie ein weiterer Antrag derselben Partei, der das Staatsministerium ersucht, allen Betrieben und Verwaltungen des Staates Preußen Anweisung zu geben, daß Schwerebeschädigte und ihnen gleichgestellte unfallverletzte Beamte, Angestellte und Arbeiter überhaupt nicht oder erst in allerletzter Linie entlassen werden. In der ausgedehnten Debatte über das Erwerbslosenproblem erklärte u. a. Volkswohlfahrtsminister Hirtzinger, daß Pläne für Reliquationen in großer Zahl vorliegen, daß es aber zur Ausführung an den nötigen Mitteln noch fehle. Es wurde ferner beabsichtigt, die Arbeiter im Ruhrgebiet, die aus der Landwirtschaft stammen und beschäftigungslos sind, wieder in das unbesetzte Deutschland zurückzuführen.

Angenommen wurde gegen Zentrum und Deutschnationale ein sozialdemokratischer Antrag, allen Betrieben und Verwaltungen des Staates Preußen Anweisung zu geben, daß Schwerebeschädigte und ihnen gleichgestellte unfallverletzte Beamte, Angestellte und Arbeiter nicht entlassen werden und in den Fällen, wo es bereits geschehen sei, die Entlassung rückgängig gemacht werde.

Die Justizreform vor dem Ausschuß.

Eine Erklärung Emmingers.

Der Rechtsauschuß des Reichstages nahm das Güterverfahren an. Im folgenden werden die wichtigsten Bestimmungen des Güterverfahrens, wie sie aus den Beschlüssen des Rechtsauschusses resultieren, wiedergegeben: Danach muß die Erhebung der Erhebung der Klage ein Güterverfahren vorangehen (§ 495a). Dies gilt nicht, 1. wenn wegen des Anspruchs innerhalb des letzten Jahres vor einer durch die Landesjustizverwaltung eingerichtet oder anerkannten Güterstelle ein Ausgleich über den Parteien erfolglos versucht worden ist; 2. wenn wegen des Anspruchs bereits ein Güterantrag wegen Ausschließigkeit des Anspruchs zurückgewiesen ist; 3. in Urkunden- und Wechselprozessen; 4. für Widerklagen; 5. wenn die Zustellung an den Gegner im Auslande oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen muß; 6. wenn nach dem Ermessen des Gerichts die alsbaldige Klageerhebung durch einen sonstigen wichtigen Grund gerechtfertigt wird, insbesondere wenn mit Rücksicht auf die Art des Anspruchs, die Verhältnisse der Beteiligten oder besondere Umstände der Versuch einer gütlichen Beilegung aussichtslos erscheint. — Ist nach der erfolglosen Beendigung eines Güterverfahrens ein Jahr verstrichen, so bedarf es zur Erhebung der Klage eines erneuten Güterverfahrens.

Weiter sagt § 496 u. a.: „Erst beim der erhobene Anspruch von vornherein aussichtslos, so kann das Gericht den Antrag durch Beschluß zurückweisen. Die Zurückweisung ist zu begründen und unterliegt keinem Rechtsmittel.“ In § 499d heißt es: „In der Güterverhandlung erörtert das Gericht das gesamte Streitverhältnis in freier Würdigung aller Umstände mit den Parteien und sucht einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Kunmehr gab Reichsjustizminister Dr. Emminger folgende Erklärung ab: Ich habe die Ermächtigung der Reichsregierung, den Entwurf dem Ermächtigungsausschuß vorzulegen. Ich werde dies tun. Es ist selbstverständlich, daß ich neben der bisherigen im Reichsrat gemachten Vorlage auch eine Zusammenstellung der Beschlüsse dieses Ausschusses dem Ermächtigungsausschuß unterbreiten werde mit der Erklärung, daß ich mich soweit als möglich an diese Beschlüsse halten werde. Der Grund, warum ich vom Ermächtigungsgesetz Gebrauch mache, ist, daß ich mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage nicht glaube, daß es möglich ist, in Höhe im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Vorlage zu erledigen. Die in der Öffentlichkeit erhobenen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes sind unbegründet. Nach dem Ermächtigungsgesetz kann die Regierung alle Maßnahmen treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringlich erachtet. Die Reichsregierung erachtet die beschriebene Prozedur als eine solche, die die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes rechtfertigt. Nach der abschließend erwähnten Fassung des Ermächtigungsgesetzes ist für ein richtigeres Nachprüfungsrecht, ob die Voraussetzungen solcher Anwendung vorliegen, kein Raum. Innerhalb des Rahmens der Verfassung und des Ermächtigungsgesetzes besteht vielmehr für die Reichsregierung lediglich eine politische Verantwortung gegenüber Reichstag und Reichsrat und ein Aufhebungsrecht dieser beiden Körperschaften.

Der Bildungsphilister.

Zum 50. Todestage von David Friedrich Strauß.

Von Otto Erich Hoffe.

Eigentlich sind es einundfünfzig Jahre. Denn 1873 ließ Friedrich Nietzsche jenes Pamphlet los, in dem er dieses viel gebrauchte Schlagwort prägte. Der aber, auf den es gemünzt wurde und der — nach Nietzsche — den Typus des Bildungsphilisters darstellte, ist heute fünfzig Jahre tot.

Eine solche Spanne Zeit gestattet zu fragen, ob sich unsere Meinung noch mit der vor fünfzig oder einundfünfzig Jahren deckt. David Friedrich Strauß, der 1872 sein Alterswerk „Der alte und der neue Glaube“ erscheinen ließ, den 1873 der neunundzwanzigjährige Nietzsche mit seinem „David Strauß“ kritisch zur Strecke brachte, und der 1874 — am 8. Februar — starb, hatte sich durch sein erstes großes Werk „Das Leben Jesu“ (1835 und 1836) einen Namen gemacht, der wie eine Brandfackel über den Köpfen der Dogmatiker leuchtete. Ohne eigentliche Bibelkritik im Sinne der modernen Theologie zu treiben, hatte er, gleichzeitig mit Renan, die erste Bresche in die Mauer der Dogmatik gelegt, indem er den Begriff der Antikenbildung auf das neue Testament anwendete. Das Buch, das eine Flut von Gegenschriften aus dem dogmatischen Lager der Theologie hervorrief, war streng sachlich gehalten und in einem korrekten, mit begreiflichen Begriffen operierenden Stil geschrieben, vorsichtig abwägend, ja die Dogmen der Kirche auf Umwegen schonend.

Der Staat beantwortete den wissenschaftlichen Fortschritt, wie er ihn in Deutschland immer beantwortet hat: er entsand den Rebell Strauß pensionlos seines Amtes als Universitätsprofessor, ungefähr um dieselbe Zeit, als man auf ähnliche Weise die Sieben aus Göttingen, Hoffmann von Fallersleben aus Breslau vertrieb und hunderte anderer selbstständig denkender Menschen zwischen Remel und Rhein schilanierte.

Strauß trug die Konsequenz mit Würde, und ohne daran zu denken, seine kritischen Resultate im gemündlichen Sinne zu revidieren. Er ging seinen Weg weiter — als Mann der Studierstube, der das Leben zweier anderer Streiter — Ulrichs v. Hutten und Voltaire — nachzeichnete.

Bis er zu dem Punkt kam, hinter dem es nicht weiter niederzuziehen, sondern aufzubauen galt. Es war mittlerweile in Deutschland viel vorgegangen. Das neue Deutschland war in Versailles aufammengebet worden, die deutsche Kultur hatte eine politische Rolle erhalten, Wirtschaft, Technik und Industrie blühten, von den Naturwissenschaften befruchtet, auf.

Dies verwirrte das Hirn dieses Kritikers, den man neben dem „Luther“ Friedrich Theodor Vischer den „Melanchthon“ dieser Jahrzehnte genannt hat. Er wird, möchte man sagen, das erste intellektuelle Opfer der Gründerzeit. Nicht daß er zu den alten zerbrochenen Lebens zurückkehrte! Er wollte an Stelle des alten Glaubens einen neuen sehen. Er wollte eine neue Religion gründen. Er schrieb das Buch „Der alte und der neue Glaube“, in dem die Kirche endgültig abgetan werden sollte.

Strauß hatte die Grenze seines Wesens überschritten. Er war Kritiker, aber kein Schöpfer. Es fehlte ihm jede Genialität des Geistes; es fehlte ihm auch die philosophische Erkenntnis, daß das religiöse Erlebnis ein kategorisch einzigartiges Erlebnis ist, daß sich nicht durch ästhetische und logische Ergebnisse ersetzen läßt; es fehlte ihm die Ehrfurcht vor dem Irrationalen, ohne das das Leben zum Unsinne eines Zirkelschlusses wird.

Hier nun griff Nietzsche zu, indem er den Kritiker in seine Grenzen verwies, ihn in seinem „Spiel mit der Geniemaske“ lächerlich machte, die Dürftigkeit dieses Ersehnglaubens als Bildungsphilistertum ans Licht brachte. Dabei war er, der Philologe, objektiv genug, dem früheren Kritiker Strauß Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Man darf diese positive Würdigung bei Nietzsche nicht übersehen, sie spricht sich mehrfach in klaren, anerkenntenden Sätzen aus.

Nietzsche wollte also nicht den Mann und das Werk vernichten, er wollte eine Grenzüberschreitung festnageln. Man kann auch kaum einen Mann, der die Lebenskonsequenzen seiner Erkenntnisse auf sich nahm, einen Philister schlechthin nennen. Man muß kritisch scheiden. Eines allerdings ist tröstlich genug. Dieser Kritiker, der Dogmen zerstückte, als er jung war, war ein Dogmatiker festigter Dohernanz geworden, als sein Leben zu Ende ging. Ein alter nationalliberaler Monarchist, der nichts gelten ließ als sein eigenes Ideal, und z. B. die Sozialisten seiner Zeit, die zu ihm etwa standen, wie er zu den Dogmatikern der dreißiger Jahre, „als Hunnen und Bandolen unserer modernen Kultur“ und andere Lebensideale als „anmaßliche Schlagwörter und Mode gewordene Vorurteile“ bezeichnete; so beschloß er sein denkerisches Dasein, das groß und mutig begann und dessen Wirkung aus der Entwicklung der deutschen Kritik nicht auszuschalten ist.

Gret Palucca.

Ueber die Kunst der Wigman-Schule kann man nur in Superlativen sprechen. Denn diese Kunst ist selber ein Superlativ, auf ihrem Gebiet ein Gipfel, der sich nicht mehr übergipfeln läßt. Gret Palucca, die erste Meisterschülerin der Wigman, zeigt den Stil in reinster Form und höchster Vollendung. Ihre Technik grenzt ans Wunderbare. Im Niedersinken und Aufsteigen scheidet sie alle Erden-schwere überwinden zu haben. Es ist, als ob sie von unsichtbaren Händen getragen, gewickelt schwebte und flöge. In jeder Drehung des Körpers, in jeder Arm- und Beinbewegung, im Hüpfen, im Wirbel und Sprung ein todsicherer Applomb, dem gegenüber alle Akrobatentänze des alten Balletts verblasen. Die Palucca ist eine „Tänzerin“ im Sinne Labans. Ihr seelischer Ausdruck strebt nicht in körperlichen Spannungen nach oben, sondern fährt gleiten, wie ein schwebendes in den Boden hinein. Der Impuls ihrer Bewegungen geht vorwiegend vom Rumpf aus. Er strömt vom Zentrum in Kopf und Glieder und scheint sich — ebenso wie bei der Wigman — in der Zehen- und Fingerpitzen zu entladen.

Die absolute Sicherheit des Arbeitens wird hier und da als Selbstzweck zur Erzeugung kleiner virtuoser Glanzeffekte benutzt und sie nimmt der Leistung zuweilen den Reiz des Impassierten, im Augenblick Gefährlichen. Aber solche Reizen sind selten. Im allgemeinen herrscht der Eindruck, daß hier ein tänzerisches Temperament von unwiderstehlicher Veredlung und ungeheurer Lebenskraft aus

vollen Herzen schaffend sich auswirkt. Eine Künstlerin allergrößten Formats, deren Stärke in leidenschaftlicher, hinreißender Kraftentfaltung liegt, deren Wirkungen zuweilen an Groteske greifen, deren Ausdrucksmöglichkeiten aber auch Feinstes, Tiestes, Seelisches umfassen. Für die Tänze der ersten Art — das wuchtige „Rarocato“, den exotischen „Lang zur Trommel“ und das „Allegro con brio“ — war die Bühne fast zu klein, ekstatischer Furor schien den Rahmen zu sprengen, während in dem zarten, überfließenden Rhythmen der „Langabstraktion“ und in dem von feiner Erotik durchzogenen „Andante grazioso“ bisfeinste nuancenreiche Kammerkunst geboten wurde.

Der Abend im Blüthner-Saal war eins der großen Ereignisse dieser Saison. Er hat uns, unter dem jubelnden Beifall des Publikums, eine Künstlerin besahet, von der die deutsche Tanzbühne noch Großes erwarten darf. — John Schifowski.

„Lachen links.“ Der heute erschienenen reich illustrierten fünften Nummer entnehmen wir folgende Verse von Erich Weinert:

Das gereitete Symbol.

Es thront im Kaiser-Wilhelm-Palast ein Branzoläwe, stolz und kühl symbolisierend erst das starke und nationale Volkgefühl.

Obwohl er mit Jährenstücken den Kaiser-Wilhelm-Palast verliert, so krabbeln doch auf seinem Rücken Proletentinder, ungeniert.

Ein Studienrat, den das ergrimmte, schriebe unter Sprechsaal, dieses sei empörend; und begeistert stimmte die Bürgerschaft der Ansicht bei.

Mit einer Stachelbratungszümmung umkränzt das Bild der Nagelstrat, worauf die öffentliche Meinung sich dieserhalb beruhigt hat.

Es werden, wo er blanzgeheuert, dem Löwen Stacheln eingebohrt; auch wird die Palma erbeuert von einem Mann, der dies versteht. —

Nun thront er in der Stachelhürde, zwar wie ein Bleif stöcker Art, doch hat man nationale Würde und auch Kultur und Kunst gemacht.

„Lachen links“, das vom Genossen Kuttner im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. herausgegebene Wipplach, erscheint an jedem Freitag. Der Preis der Einzelnummer beträgt 25 Pf., das Vierteljahrsabonnement 3,25 M. Alle Postanstalten, Buchhandlungen und der Verlag nehmen Bestellungen an.

Erneuerte Dichtungen, Märchen, Gespenster- und Webeseidichten schreibt Erich Friedrich am Sonntag, den 10. und Sonnabend, den 16., abends 8 Uhr in der „Welter-Kunst“, Barockgasse 24.

Poincarés Ministerchaft gerettet.

Ermächtigungskompromiß.

Paris, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer ist es am Donnerstag in der Frage der von der Regierung verlangten Vollmachten zu einem Kompromiß gekommen. Mit Zustimmung Poincarés wurde das Ermächtigungsgesetz auf die Dauer von vier Monaten beschränkt und von der Kammer mit 333 gegen 205 Stimmen angenommen.

Stürmische Kammerdebatte.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet die W.B.: Verhandelt wurde folgender Absatz 2 des Artikels 1 des Ersparungs- und Steuergesetzes: „Die Regierung wird ermächtigt, durch Verordnungen, die nach vorheriger Zustimmung des Ministerrats vom Staatsrat erlassen werden, alle Verwaltungsreformen und Vereinfachungen vorzunehmen, die zur Durchführung von Ersparnissen erforderlich sind. Wenn die auf diese Weise getroffenen Maßnahmen Änderungen der bestehenden Gesetze notwendig machen, werden die Verordnungen binnen sechs Monaten dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet.“

Abg. Engerand beantragt, die Verordnungsbefugnis dem Präsidenten der Republik zu übertragen, Verordnungen über die erhöhten Ausgaben, die Steuern oder Veränderungen bestehender Steuern vorzulegen, fallen dem Parlament bei nächster Gelegenheit unterbreitet werden. Engerand erklärt, daß der Antrag nicht so ernst gemeint, vielmehr die Kopie eines von Caillaux geplanten Gesetzentwurfes sei.

Abg. Broussé greift die Radikalen, besonders Herriot an, der bei der Abstimmung gestern Abend unter keinen Umständen sich der Stimme hätte enthalten dürfen. Den Radikalen sage nur davon, was er zu kommen, und sie scheuten sich nicht, zu diesem Zweck die bittere Pille einer Wahlverbindung mit den Sozialisten zu schlucken. Dieser Angriff auf die Radikalen ruft minutenlangen Lärm hervor. Broussé kritisiert hierauf die Sozialisten. Nach ihm ergreift Herriot das Wort! Was die gestrige Stimmenthaltung der Radikalen anlangt, so werde sich nach Gelegenheit finden, über den zweiten Absatz des Art. 1 Beschlusses zu sprechen. Wenn Caillaux den von Engerand zitierten Entwurf dem Parlament hätte unterbreiten wollen, so scheue er, Herriot, sich nicht, zu erklären, daß die Radikalen ihn niemals unterzeichnet haben würden.

Abg. Cachin (Komm.) ergreift sich in heftigen Angriffen auf Poincaré. Es entsteht ein

beräucherter Tumult, daß Poincaré, der Herriot mit Vorwürfen überhäuft, sich kein Gehör verschaffen kann.

Herriot erklärt, der Ministerpräsident antwortet in den üblichen Ausdrücken, um diejenigen, die nicht seine Anhänger seien, zu verlegen. Poincaré erwidert, das Wort des Ministerpräsidenten könne nicht verlesen; es sei klar und aufrichtig. Herriot wirft darauf dem Abg. Broussé vor, er gebe sich zum Anwalt des nationalen Blods her, der für die augenblickliche Lage die schwerste Verantwortung trage. Herriot schließt mit der von Waldeck-Rousseau übernommenen Erklärung, daß die Regierung, wenn sie sich nicht mehr genügend unterstützt finde, nicht länger zögern dürfe, an das allgemeine Wahlrecht zu appellieren.

Ministerpräsident Poincaré

antwortet Herriot: Wenn etwas dem Ansehen des parlamentarischen Systems Abbruch tue, dann solche Manöver, wie der gestern von den Radikalen eingeleitete Antrag. Unter heftigem Lärm auf der äußersten Linken schwingt der Ministerpräsident ein Exemplar der „Humanité“, die heute vormittag zu einer kommunistischen Demonstration vor dem Kammergebäude aufgerufen hat, und ruft: „Die „humanité“ appelliert nicht an die Kammer, sondern an die Pariser Bevölkerung.“

Die „Humanité“, die Poincaré darauf befehle legt, kommt zufällig auf die Altentafel des Kriegsministers Maginot zu liegen, der sie ergreift, zusammenknüllt und mit einer Geste des Efels unter die Abgeordneten wirft. Das Zentrum flucht! Weisheit, während die Kommunisten und die Sozialisten in ungeheure Wut geraten. Abg. Ernest Bafond (Komm.) wirft darauf das zu einem Knäuel aufgenommene Blatt nach der Richtung der Regierungsbank. Er trifft den Abg. Darlac. Aus der Mitte wird darauf verlangt, daß der Präsident über Besond die Jesur verhängt. (Ausführlich. Red.) Der Lärm wird so groß, daß der Vorsitzende sich nicht durchsetzen vermag.

Kriegsminister Maginot weist den Kommunisten von weitem drohend seinen Stiefelabfuß.

Der Präsident entschließt sich kurz nach 1/2 5 Uhr, die Sitzung aufzulösen.

Sehe Körperkultur. Die Elterngemeinschaft für freie Körperkultur sendet uns folgenden Aufruf:

Wir wissen, daß wir noch wenige sind. Zu unseren Begnern gehört leider nicht nur die gesamte politische und kulturelle Reaktion, zu ihnen gesellen sich auch manche, die sich in anderen Dingen von überlieferten Bedingungen freigesetzt haben. Sie erkennen zwar die hohen gesundheitlichen, sozialen und sittlichen Werte der freien Körperkultur, vermögen aber nicht einzusehen, daß der Mensch erst dann wahrhaft frei ist, wenn er seinen häßlichsten Leib und den des andern als Selbstverständliches-Ratürliches hinnehmen kann. Der Mensch, den wir wollen, soll nicht wie bisher einseitig Gehirn- oder Muskelwesen sein! Wir wollen die Einheit von Körper und Seele. Wir rufen Gleichgesinnte zur Mitarbeit auf! Wir rufen sachliche Gegner auf den Plan! Wir bitten alle fortschrittlich Gesinnten, auch wenn sie uns zurzeit noch nicht folgen können, für freie Entwicklung unserer Arbeit einzutreten. — Unterchriften als Zustimmungserklärungen sind an Herrn Lehmann, W.B., Stephanstr. 31, zu senden. Es ist natürlich umöglich, alle Sympathieäußerungen zu veröffentlichen, jedoch sind sie für den Kampf notwendig.“

Die Volksschöne „Norden“ brachte Bernhard Schaws prächtige Komödie „Helden“ unter der Spielleitung Otto Richtners heraus. Die „Helden“ werden immer aktuell sein, solange es Soldaten auf der Welt gibt und solange die Phrasen vom Helbentum und selbstverständlichen Patriotismus Menschenhirne gefangen nehmen. Der schwierigen Rolle des Hauptmanns Blumfeldt wurde H. Semler vollkommen gerecht. Erich Otto verstand es, den Diener Nicola, „Bulgariens vernünftigsten Mann“, gut zu verkörpern. Auch Nejo Hart als Bauta möge ihres guten Spiels wegen erwähnt werden. Alice Altman-Hell war als Raina Weisoff nur zeitweilig auf der Höhe. Sie spielte das vom Phrasen- und besangene Mädchen oft mit zu starker Betonung und wirkte dadurch nicht immer glücklich. Ernst Dornburg und Alfred Braun verkörperten die bulgarischen Verbotsjäger.

Wettrennen durch die Sahara. Eine interessante Wettfahrt durch die Sahara haben drei Renault-Kraftwagen mit 6 gewöhnlichen Rädern und drei Citroën-Kraftwagen mit Tankrädern zurückgelegt. Die Citroën-Wagen blieben Steier und erreichten die Endstation, das Fort Bourcier am Niger, 6 Stunden früher. Beide Reisegesellschaften legten die Entfernung von 2000 Kilometer zwischen Colomb Bedar an der Grenze von Niger und dem Niger in 6 Tagen zurück. Die erste Automobilreise durch die Sahara, die vor einem Jahr unternommen wurde, hatte 21 Tage gedauert. Die Sahara ist nun für den Autoverkehr erschlossen.

Die Berliner Sezession hat wegen ihrer kleinen Ausstellungsräume in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, ihre Jahresausstellung zu teilen. Während im Herbst nur ein Teil ihrer Mitglieder und Gäste ihre Werke zeigen werden, soll die andere Hälfte der Mitglieder mit anderen Gästen in der Herbstausstellung zu Worte kommen. Von den Vorläufern für das Jahr 1924 wurden folgende Künstler gewählt: Prof. Corinto, Fritz, Kästel, A. Baum, E. Doppel, Spiro, Steinhardt, Vol. Wend.

Ueber Goldschmelze und Biologie wird Professor Dr. Freundlich am Sonnabend, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Saal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Schloß (Gang gegenüber der Beulen Straße) sprechen. Eintritt frei, jedoch nur gegen Karten, die in beschränkter Umlage in der Geschäftsstelle, Berlin O 2, Schloß, erhältlich sind.

Um 5 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Der Sozialist Rauter hält eine Verteidigungsrede für Caillaux, die zu längeren Auseinandersetzungen führt. Danach zieht Engerand auf Verlangen des Kammerpräsidenten seinen Änderungsantrag zurück. Der Vorsitzende teilt darauf mit, daß die Kommission folgende Fassung vorschläge:

„Für die Dauer von vier Monaten nach Inkraftsetzung des vorliegenden Gesetzes wird die Regierung ermächtigt, durch Verordnungen, die nach vorheriger Zustimmung des Ministerrats vom Staatsrat erlassen werden, sämtliche Verwaltungsreformen und Vereinfachungen vorzunehmen, die die Durchführung dieser Ersparnisse erfordern.“ (Die Vorlage war ohne Bestätigung.)

Ministerpräsident Poincaré stellt die Vertrauensfrage. Barrenne (Soz.) stellt fest, daß durch dieses Gesetz der Grundgedanke der Defizite angenommen werde. Mit 333 gegen 205 Stimmen wird schließlich der angeführte Text genehmigt und die Weiterberatung auf Freitag vormittag verlegt.

Die Gespenster von Versailles.

Geheindokument oder nicht — Rheinbesetzung jedenfalls.

London, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Tages hat das angelegte Lloyd-George-Interview mit der „New York World“ eine gewisse Klärung erfahren, manches dagegen bleibt nach wie vor dunkel, insbesondere die Frage, wie Lloyd George selbst zu der Angelegenheit steht. Noch am Vormittag war im „Daily Sketch“ eine Erklärung zu lesen, von der angenommen wurde, sie stamme von dem ehemaligen Premierminister und in der es hieß: „Die Tatsachen stimmen im wesentlichen so, wie sie in der Erklärung angegeben worden sind, doch hat Lloyd George kein Interview gewährt.“ Heute Abend schreibt jedoch der liberale „Star“, er sei ermächtigt, zu erklären, daß Lloyd George die Redensart von einem „Geheimabkommen“ als absurd betrachtet und das, was nach Amerika hinübergelabelt worden sei, läßt lediglich die „konfuse Wiedergabe eines Privatgesprächs“. Zufällig bleibt jedoch die Tatsache, daß Macdonald unmittelbar vor dem Erscheinen dieses angeblichen Interviews mit Lloyd George erfahren zu haben scheint, daß die französische Regierung um Englands Erlaubnis gebeten habe, gewisse Dokumente in einem neuen Heftbuch zu veröffentlichen. Man erklärt dies Zusammenhang in diplomatischen Kreisen damit, daß ein Beamter des englischen Auswärtigen Amtes auf eigene Faust Lloyd George

gefragt hatte, ob er gegen eine solche französische Veröffentlichung Einwendungen zu erheben hätte und daß er ihm bei dieser Gelegenheit die einzige Abschrift jener Dokumente übergeben hätte, die die französische Regierung nach London mit der Bitte um Genehmigung der Veröffentlichungserlaubnis übermittelt hatte. Macdonald so wird weiter erzählt, hat inzwischen in einer recht trockenen Form Lloyd George um sofortige Rückgabe jener Briefschätze aufgefordert, und er hat weiter den Befehl in Paris Lord Crewe beauftragt, Poi-caré über die persönlichen Umstände zu unterrichten, die zu dem Zwischenfall geführt haben.

Grobe Antwort auf die Pfalznote.

Paris, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die von Poincaré gezeichnete Antwort auf die letzte deutsche Pfalznote erinnert daran, daß die französische Regierung bereits mit einer Note vom 2. Februar die von der deutschen Regierung gegen die französischen Okkupationsbehörden erhobene Anklage, daß diese die pfälzischen Separatisten unterstützt hätten, zurückgewiesen habe. Das Schreiben Poincarés spricht von deutschen Verleumdungen, deren Halbfügigkeit die französische Regierung bereits früher dargelegt habe, und behauptet, daß die angeführten neuen Tatsachen, für die auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht sei, nicht minder tendenziös seien als die früheren. Aus diesem Grunde lehne sie ab, auf die unmotivierten Klagen zu antworten. Auf die Forderung, in der Pfalz einen den geltenden Verträgen und Gesetzen entsprechenden Zustand wiederherzustellen, erklärt Poincaré unter Bezugnahme auf frühere Noten, daß die französische Regierung, die den Buchstaben des Friedensvertrages aufs gewissenhafteste respektiere, nach wie vor entschlossen sei, in die innerdeutschen Streitigkeiten (!) sich nicht einzumischen und daß sie es demgemäß ablehne, mit der deutschen Regierung in einen Meinungsaustrausch über deutsche innerpolitische Fragen einzutreten. Poincaré, der sich den Anschein gibt, als lenne er den Bericht des Generalkonsuls Elise nicht, geht über die Tatsache, daß der offizielle Beauftragte einer mit Frankreich verbündeten Regierung die deutschen Anklagen vollinhaltlich bestätigt hat, zur Tagesordnung über. Er sagt damit aufs neue, daß die Politik der gegenwärtigen französischen Regierung nur einen Grundsatz hat: Recht geht vor Recht.

Hallekusa! Nach einer „Times“-Meldung aus Jerusalem ist die Standard Oil-Campagn in Ost-Jerusalem auf Petroleum gestochen.

Die Steuerverordnung im Ausschuss.

Alle Parteien dagegen.

Der Fünfzehnerausschuss des Reichstags trat am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr zur Beratung der dritten Steuernotverordnung zusammen. An der Beratung nahmen teil Reichsfinanzminister Luther, Reichsjustizminister Emminger und Reichswirtschaftsminister Hamm. Nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, die Artikel 1 und 3 der Verordnung, die die Frage der Aufwertung von Forderungen an Private und an öffentliche Körperschaften betreffen, nicht zu beraten und die Regierung zu ersuchen, die Regelung dieser Materie auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung herbeizuführen. Es wurde ferner beschlossen, die Beratung der übrigen Teile der Verordnung, die die Besteuerung der Gewinnmehrwertungsgewinne, die Mietsteuer, den Finanzausgleich und die Vereinfachung der Steuerrechtspflege betreffen, am Freitag zu beginnen.

Da der Ausschuss es vorläufig abgesehen hat, zur Aufwertungsfrage Stellung zu nehmen, fragt es sich, was die Regierung nunmehr tun wird. Nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes braucht sie den Fünfzehnerausschuss nur „anzuhören“. Das hat sie formell getan. Möglich, daß sie nun von ihrem Recht, die Verordnung auf eigene Verantwortung zu erlassen, Gebrauch macht. Sie setzt sich damit allerdings der Gefahr eines Konfliktes mit dem Reichstag aus, der nach den Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes die Verordnung wieder aufheben kann.

Auf die Entschließung der Regierung wird vielleicht das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses zu den weiteren Abschnitten der Vorlage von Einfluß sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der bereits veröffentlichte Vorschlag der Demokraten, den Ländern und Gemeinden das Recht zur Erhebung eines Zuschlages zur Vermögenssteuer zu erteilen, an die Stelle der ganzen übrigen Steuervorschläge der Regierung tritt. Die Regierung würde dann, abgesehen von dem Abschnitt über den Finanzausgleich, der kaum große Veränderungen erfahren dürfte, vor einer völlig veränderten Vorlage stehen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bereits am 17. Januar für die Erledigung der dritten Steuernotverordnung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung ausgesprochen. Obwohl sie in vollem Maße die Gründe würdigt, die für eine schnelle Entscheidung sprechen, insbesondere in Hinblick auf die Herbeiführung der dauernden Stabilität der Währung und der Belebung der Wirtschaft, konnte sie doch nicht zulassen, daß mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes die unsozialste aller Steuern, die Mietsteuer, eingeführt wird. Da inzwischen auch in anderen Parteien eine Gegenbewegung gegen die Mietsteuer entstanden ist, kann mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sich im Fünfzehnerausschuss eine Mehrheit für diese Steuer nicht findet. Bemerkenswert ist, daß sowohl in der Frage der Aufwertung als auch in der Frage der Mietsteuer selbst zwischen den Regierungsparteien und der Regierung sich eine deutlich sichtbare Kluft ausgeht hat.

Für den Fall, daß der Ausschuss die Beratung der Regierungsvorlage zur Aufwertungsfrage in behandelndem Sinne in Angriff genommen hätte, hätten die sozialdemokratischen Vertreter folgende Anträge gestellt:

1. Die Aufwertung soll erfolgen bei allen privaten Ansprüchen, die nicht nach dem 1. Juli 1922 (statt wie von der Regierung vorgeschlagen 31. Dezember 1923) erfüllt sind.
2. Es sollen auch ausgewertet werden Guthaben bei öffentlichen Sparkassen, Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen und auf Grund eines Arbeitsvertrages oder Beamtenverhältnisses gestellten Sicherheiten.
3. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihen des Reiches, der Länder und Gemeinden soll nicht bis zur Erledigung „sämtlicher Reparationsverpflichtungen“, sondern nur bis zum 1. Januar 1929 eingestellt werden, d. h. bis zu dem Termin, an dem die Zahlungspflicht für die ausgewerteten privaten Ansprüche nach dem Regierungsentwurf eintritt.
4. Erlaß eines Sperrgesetzes, durch das alle Rechtsstreitigkeiten bis zum Zustandekommen eines ordentlichen Gesetzes auf Antrag ausgesetzt werden.

Der omittierte Bericht meidet:

Im Fünfzehnerausschuss des Reichstages wurde die dritte Steuernotverordnung behandelt.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

verbreitete sich über die Gründe, die zur Aufstellung der dritten Steuernotverordnung geführt haben. Für die Länder und Gemeinden müßten weitere Einnahmequellen erschlossen werden; denn mit dem im Haushaltsplan 1924 vorgesehenen Ueberweisungsbeträge und dem Auskommen aus den bestehenden Landessteuern können Länder und Gemeinden nicht auskommen. Das einzige, was den Fehlbetrag zu decken vermöge, sei eine besondere Art der Ausnutzung der Steuern vom Grundvermögen dergestalt, daß dadurch der Raum ausgenutzt werde, der in unserer Wirtschaft durch die künstliche Niederhaltung der Mieten entstanden ist. Diese Steuer werde das ganze deutsche Volk treffen, die Mieter sowohl als auch die Wirtschaft.

Reichsjustizminister Dr. Emminger

gab folgende Erklärung ab: Nach dem Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 sind die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen der Reichsregierung aufzuheben, wenn der Reichstag oder der Reichsrat dies verlangen. Dieses Recht des Reichstages ist zeitlich unbefristet; es findet also auch mit dem Ablauf der der Reichsregierung im Ermächtigungsgesetz erteilten Ermächtigung kein Ende. Der Reichstag ist deshalb auch nach dem 15. Februar d. J. berechtigt, in zwei Lesungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens drei Tagen liegen muß — und zwar unabhängig vom Reichsrat —, die Aufhebung zu verlangen. Das Aufhebungsverlangen kann sich jedoch nur gegen eine Verordnung als Ganzes richten. Wünscht der Reichstag die Abänderung oder Aufhebung nur einzelner Teile einer Verordnung, so ist hierfür nicht das besondere Verfahren, wie es das Ermächtigungsgesetz vorschreibt, sondern ausschließlich der in der Verfassung vorgeschriebene gewöhnliche Weg der Gesetzgebung, insbesondere der Weg des Initiativantrages, gegeben.

Nach längerer Aussprache schloß der Ausschuss den bereits gemeldeten Beschluß.

Der nunmehrige Vorschlag des Vorsitzenden, durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten zur Vorbereitung für die Wiener Verhandlungen die Artikel I und II der dritten Steuernotverordnung dem Rechtsausschuss zu überweisen, fand nicht die Zustimmung der Regierung. Der Vorsitzende erklärte darauf ohne Widerspruch der Regierung, daß sich vielleicht im Laufe der Beratungen ein Weg finden werde, um auch die Aufwertungsfrage alsbald noch in einem Reichstagsausschuss zu behandeln. Darauf wurde ein zu Beginn der Beratung eingebrachter Antrag, die Verordnung auch im übrigen auf den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu verweisen, zurückgezogen und die Weiterberatung der Verordnung wurde auf Freitag verlegt.

Kompromißverhandlungen.

Zu dem Beschluß des Fünfzehnerausschusses über die dritte Steuernotverordnung in bezug auf die Ueberweisung der Aufwertungsfrage und der Behandlung der öffentlichen Anleihen an die ordentliche Gesetzgebung erklärt die W.B. als parlamentarischen Streifen, daß die Regierung entschlossen sei, auf jeden Fall die Notverordnung zu erlassen, daß aber noch versucht werden soll, im Wege von Kompromißverhandlungen zu einer Einigung zu gelangen.

Die Stellungnahme der Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Donnerstagnachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Scholz zu einer Sitzung zusammen. Sie schloß mit der dritten Steuernotverordnung beschäftigt. In der Fraktionssitzung wurde der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, dem Reiche die Mittel zu geben, die es brauche, da das Schicksal des Reiches im wesentlichen von der Erhaltung einer festen Währung abhängt. Die Fraktion verurteilt aber auf das entschiedenste den Weg, der in der dritten Steuernotverordnung beschritten wird. Insbesondere war man der Meinung, daß die Hypothekenauswertung nur auf dem Wege des Gesetzes, nicht der Verordnung erfolgen dürfe. Ferner wurde gewünscht, daß die Mietsteuer direkt zu einer Steuerquelle des Reiches statt der Länder und Gemeinden gemacht werde. Die Fraktion will sich aber nicht auf eine ablehnende Kritik beschränken. Es sollen vielmehr positive Vorschläge ausgearbeitet werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Ausschuss eingesetzt.

Meinungsverschiedenheit im Reichsrat.

Die Ausschüsse des Reichsrats trafen am Donnerstag vormittag in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Luther die Beratung der dritten Steuernotverordnung fort. Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden nahm den breitesten Raum in den Erörterungen ein und rief lebhafteste Meinungsverschiedenheiten hervor. Es wurden zahlreiche Änderungsanträge eingebracht.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen den Abbau unserer Kultur.

Tagung der Orchestervertreter.

Eine vom Deutschen Musikerverband kürzlich nach Berlin einberufene Orchestervertreterversammlung, die von über 100 Teilnehmern aus etwa 80 verschiedenen Orten Deutschlands besucht war, beschäftigte sich eingehend mit der durch die Abbaumaßnahmen der Reichsregierung sowie durch die Kündigung des Bühnentarifvertrages geschaffene Lage der deutschen Theater- und Konzertorchester. Nach sehr reger Aussprache kam eine eingehende Entschliessung zur einstimmigen Annahme, die u. a. folgt:

I.

„Die Vertreterversammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen die schematische Anwendung der Personalabbauverordnung sowie des Sperrgesetzes auf die in staatlichen oder städtischen Diensten stehenden als Beamte oder dienstvertraglich angestellten Orchestermitglieder bzw. auf die staatlichen und städtischen Orchester überhaupt, wie sie sich auch mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Einstellung der Kulturzuschüsse wendet. Sie fordert, daß die Entwicklung der deutschen Orchesterkunst nicht durch eine falsche Sparpolitik gehemmt, sondern vielmehr in einer die dringende Notwendigkeit der Kulturbestrebungen beachtenden Weise auch von den Behörden in jeder Hinsicht gefördert wird, daß insbesondere die bestehenden Orchester als öffentlich-rechtliche Kultureinrichtungen in einer die Erfüllung ihrer Aufgaben gewährende Befolgung erhalten bleiben und darüber hinaus das Musikbedürfnis des Volkes in ausreichendem Maße durch Errichtung weiterer Orchesterunternehmungen öffentlich-rechtlicher Art befriedigt wird.“

II.

Die Vertreterversammlung fordert weiter, einmal im Interesse der künstlerischen Leistungsfähigkeit der Orchester und um eine Abwanderung der beruflich tüchtigsten Kräfte aus den Orchestern zu verhüten, daß die Gehälter der Orchestermusiker unter besonderer Berücksichtigung der von den Orchestermusikern zu erfüllenden kulturellen Aufgaben bzw. im Rahmen einer mit größter Beschleunigung durchzuführenden allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter den Steuerungs- und Berufsverhältnissen entsprechend erhöht werden.

III.

Die Vertreterversammlung stimmt den von der letzten Bundesausschussung des Allgemeinen Deutschen Beamtens-Bundes gefassten Beschlüssen vollständig zu. Sie beauftragt den Vorstand des Deutschen Musikerverbandes, die unter Ziffer I und II dieser Entschliessung aufgestellten Forderungen bei den maßgebenden Stellen mit allem Nachdruck geltend zu machen.

IV.

In der Frage des Neuabschlusses des Tarifvertrages mit dem Bühnenverein wird der Vorwurf erhoben, „daß der Bühnenverein fortgesetzt tarifwidrige Handlungen begeht und solche Handlungen seiner Mitglieder deckt, das Zukunftskommen von Tarifausgleichskämpfen offensichtlich verhindert, und, obwohl die Tarifkündigung von ihm ausging, die Einleitung von Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages bisher unmöglich gemacht hat.“

Dieses Verhalten des Bühnenvereins sowie die mehrfach zum Ausdruck gebrachte, auf die Verschlechterung der Anstellungsbedingungen der Orchestermusiker gerichtete Einstellung maßgebender Persönlichkeiten des Bühnenvereins, muß geradezu als eine Herausforderung der Musikerenschaft angesehen werden. . . .

Die Orchestervertreterversammlung erklärt, daß die deutschen Orchestermusiker nicht daran denken, die ihnen verfassungsmäßig zustehende gleichberechtigte Mitwirkung bei der Gestaltung der Anstellungs- und Gehaltsbedingungen kampflos preiszugeben, daß sie fest entschlossen sind, bereits vorhandene soziale Rechte bis zum Äußersten zu verteidigen und ihre gerechten Forderungen mit allen gegebenen Mitteln durchzusetzen.

Die von den früheren Orchesterkonferenzen gefassten, vom Verbandstage bestätigten Beschlüsse werden erneut als maßgebend anerkannt. Vom Verbandsvorstand wird erwartet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und, wenn es notwendig ist, die gesamte Orchestermusikerschaft zur Verteidigung ihrer Rechte aufzurufen.“

In einer weiteren, gleichfalls einstimmig angenommenen Entschliessung wurden die in letzter Zeit innerhalb der Musikerenschaft sich bemerkbar machenden organisatorischen Zersplitterungsbestrebungen entschieden verurteilt und erneut bestätigt, daß als Berufsvertretung der Orchestermusiker nur der Deutsche Musikerverband anerkannt werden könne.

Auf der Konferenz waren neben den an Privatbühnen beschäftigten Orchestermusikern auch nahezu alle in staatlichen und städtischen Diensten stehende Orchester vertreten.

„Entlassene Meister“.

Aus Wertmeisterkreisen schreibt man uns: „Unter dieser Ueberschrift erschien in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 5. Februar eine Notiz, die nicht in allen Punkten zugestimmt werden kann; auch nicht der Tendenz, welche nach jener Notiz in der Rechtsprechung des Gewerbegerichts zutage tritt. Man wird wohl oder übel die einzelnen Fälle unterschiedlich behandeln müssen. Wir stimmen zu, daß eine unbillige Härte dann nicht vorliegt, wenn ein Meister die Interessen des Arbeitnehmers so weit vertritt, daß er dabei die Interessen der Arbeiterschaft gröslich vertritt, denn dann hat er sich die gegen ihn gerichtete Stimmung selbst zuzuschreiben. Es gibt aber auch Fälle, wo die Arbeiter jeden Meister, sei es auch der gerechteste, der selbst freigewerkschaftlich organisiert ist und für die Interessen aller Arbeitnehmer eintritt, als „Anecht des Kapitals“ verschreiben. Sind doch die Arbeiter mancher Betriebe rein kommunistisch eingestellt; dem Meister, der Sozialdemokrat ist, werden schon aus dem Grunde, weil er einer anderen Partei zugehört, alle nur erdenklichen Schwierigkeiten gemacht. Diese Fälle müßten wohl besonders behandelt werden. Schon aus den beiden angeführten Gründen dürfte der Notiz zu widersprechen sein. Wenn es dort heißt, auch jeder Arbeiter nimmt die Interessen des Unternehmers wahr, so haben doch die letzten Jahre mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß ein Teil der kommunistischen Arbeiter ihre Hauptaufgabe (nach Anweisung von Moskau) darin erblicken, den Betrieb in jeder nur erdenklichen Weise zu schädigen. Das darf bei derartigen Betrachtungen nicht außer acht gelassen werden, da sonst die Gewerbegerichte, wenn solchen Auslassungen in der Öffentlichkeit nicht widersprochen wird, sich gegebenenfalls darauf stützen.“

Forderungen der arbeitslosen Holzarbeiter.

In der Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter am Mittwoch berichtete Freygang über die Situation. Der Redner trat für die Vereinfachung der Pflichtenarbeit ein und schilderte die gegenwärtigen Kämpfe mit dem Unternehmertum, bei denen es hauptsächlich auf die Einheitslichkeit und Kraft der Organisation ankomme. In der Diskussion wurde die Reichstagsfraktion der SPD wegen ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz angegriffen.

Eine Resolution, die sich scharf gegen die Zwangsarbeit und den § 9 wendet, wurde einstimmig angenommen, ebenso folgende Entschliessungen: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter protestiert aus schärfster gegen die Doppelexistenzen in den Betrieben, und verlangt von den Gewerkschaften, daß sie sich unbedingt dafür einsetzen, daß dieselben auf dem schnellsten Wege beseitigt werden.“

„Die Versammlung verlangt von den Gewerkschaften, sofort Schritte zu unternehmen, daß alle Arbeiter über 60 Jahre von der Invalidenliste mit der Hälfte des ortsüblichen Tagesverdienstes zu unterschlagen sind.“

Wie die Kommunisten die Gewerkschaften retten.

Spaltungsversuche unter den Bergarbeitern.

Halle, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein angebliches „Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Bergbau“ versteht an alle „oppositionellen Kollegen“ im Bergarbeiterverbande, an alle Fraktionsführer und Vertrauensmänner ein aus Berlin datiertes Rundschreiben und versucht, die Bergarbeiter gegen ihre gewerkschaftlichen Führer und gegen die Sozialdemokratische Partei aufzuputtschen. Man weist den bemährten Führern vor, die wirtschaftliche Lage durch ungeschicktes taktisches Verhalten verschlimmert zu haben. Man verlangt passive Resistenz gegen Verlängerung der Arbeitszeit und hält den Bergarbeitern das Verhalten des Zell-Altendburger Rediers als Muster vor. In diesem Redier hat man Beschlüsse gefasst, denen zufolge die bisherigen Gewerkschaftsführer abgesetzt bzw. kaltgestellt werden sollen. Die Bildung von Fraktionen, d. h. also wohl der Aufbau von kommunistischen Betriebszellen, soll die Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit erleichtern.

Die Moskauer lassen die Masken fallen. Auch die einseitigsten Gewerkschaftsmitglieder müssen nun einsehen, wie „die Rettung“ der Gewerkschaften gedacht ist, wohin die Reise gehen soll. Wären diese Gewerkschaftsretter nicht von Moskau gekauft, müßte man annehmen, sie kämen von Stinnes gekauft. Die geschlossene Front der Gewerkschaften war kaum jemals notwendiger wie jetzt, wo die neue radikalere Richtung der Moskauer darauf ausgeht, sie zu sprengen.

Der Achtstundentag in Deutschösterreich.

Wien, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die heute abgehaltene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände hat angeht die Fortschritte des Unternehmertums, ganz besonders der unter dem Einfluß von Stinnes stehenden Alpinen Montangelellschaft, die Abwehrationen der einzelnen Gewerkschaften zur gemeinsamen Sache der Gesamtbewegung erklärt und den energischsten Kampf gegen jede Verletzung des Achtstundentags angekündigt.

Uchlung, Buchdrucker! Die Bezirksversammlungen am Sonntag, den 10. und Montag, den 11. Februar (siehe Gaumittelstücken), sind

für jeden Buchdrucker von besonderer Bedeutung, da die Wahl des Bezirksvorstandes und die Wahl der Delegierten auf der Tagesordnung steht. Wer auf die Zusammenfassung des Bezirksvorstandes und die Wahl der Delegierten einen Einfluß ausüben will, tue seine Pflicht und mache von seinem Wahlrecht Gebrauch! Bezirk 10 (Röpenid). Die Bezirksversammlung findet nicht im Parkrestaurant, sondern im Restaurant Schulz am Bahnhof Röpenid in der Bahnhofstraße statt.

Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Der am Sonnabend vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefasste Schiedsspruch, der einen Stundenlohn von 72 Pf. ab 13. Januar 1924 vorseht, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Die Fachgruppenleitung hat nunmehr die Verbindlichkeits-Erklärung beantragt. Die Kollegen werden ersucht, bis zur Entscheidung eine abwartende Stellung einzunehmen und niedrigere Löhne, wie sie der Schiedsspruch festsetzt, nur unter Vorbehalt entgegenzunehmen. Die Fachgruppenleitung.

Angestellte der Bleichmittelbranche! Der Schiedsspruch vom 31. Januar zur Regelung der Gehälter von Januar bis März ist von den Arbeitgebern angenommen worden. Die errechneten Gehaltsätze sind im Ortsbureau, Belfe-Alliance-Str. 7/10, erhältlich.

Der Streik der Leipziger Metallarbeiter dauert fort. Etwa 16 000 Arbeiter sind im Ausstand. Verhandlungen stehen noch nicht in Aussicht.

Der Metallarbeiterstreik in Düsseldorf wurde auf Beschluß einer Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes beendet.

Die Metallarbeiter in Saarbrücken saßen gestern in einer Vertrauensmännerversammlung einstimmig eine Entschliessung, in der es unter Hinweis auf die eingereichten Lohnforderungen u. a. heißt: „Die Versammlung erwartet, daß die Arbeitgeber den berechtigten Wünschen der Arbeiter in vollem Umfange Rechnung tragen. Sollten die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ablehnen, so wird die Verbandsleitung beauftragt, sofort alles in die Wege zu setzen, damit zum letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, Stellung genommen werden kann.“

Eine Aussperrung in der Bielefelder Wäschebranche ist erfolgt, weil die wegen Lohnunterschieden im Streik stehenden Zuschneider und Bügler der Aufforderung der Unternehmer, den Streik abzugeben, nicht nachkamen.

Das schlesische Steinkohlenbergwerk Jaudeode hat die gesamte Belegschaft ausgesperrt, angeblich deshalb, weil diese sich weigert, die vereinbarungsgemäße längere Arbeitszeit einzubalten. Im Dezember wurde ein Schiedsspruch gefasst, der eine Einigung herbeiführen wollte. — Im Ruhrrevier mehr Feiertagen als Arbeitswächtern, in Sachsen Aussperrung, alles zur „Hebung der Produktion“.

Der Streik im rheinischen Braunkohlenrevier geht weiter. Die unter Vorsitz des Kölner Regierungspräsidenten eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen scheiterten an dem Standpunkt der Arbeitgeber, daß, nachdem ein Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers vorliegt, der die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit vorseht, sie keinen Anlaß hätten, über diesen Punkt, der einer der Hauptanlässe zum Streik bildet, noch zu verhandeln.

Die Hebung der Produktion leidet unter diesem Herrenstandpunkt mehr, als solche unverantwortlichen Schiedssprüche ihr nützen können. Dürften an Schiedssprüchen über die Arbeitszeit nur Personen mitwirken, die die betreffende Arbeit aus eigener Erfahrung kennen, in diesem Falle die Arbeit im Braunkohlenbergbau, auch nur während einer einzigen Schicht von acht Stunden, dann wären solche Schiedssprüche einfach unmöglich. Die zehnstündigen Schiedssprüche in erster Linie werden einen ständigen Kampfstapel bilden und so die Produktion eher hemmen als fördern.

Der Lohnkampf in der polnischen Textilindustrie ist — wie uns ein eigener Drahtbericht meldet — durch ein Abkommen beendet worden, das die Löhne auf der Grundlage des französischen Fronten basiert.

Zentrallösung der Angestellten. Sektion Sperition: Funktionärversammlung heute abend 7 1/2 Uhr im Ortsbureau, Belfe-Alliance-Str. 7-10. Bericht über die Tarifverhandlungen.

Sitzung, Zimmer 21. Sonntag nachmittag 3 Uhr Versammlung sämtlicher SPD-Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, schlesische Berlin, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht sämtlicher SPD-Kameraden, zu erscheinen.

Verantwortlich für Politik: Gust Krater; Wirtschaft: J. B. Gust Krater; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. A. Böcher; Solales und Sonstiges: Fritz Ruchardt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Lindenstraße 2. Distanz-Verlag.

Borath 
Kinder- u. Krankennahrung
 für Säuglinge, größere Kinder, Erwachsene
 ärztlich empfohlen



DIE GUTE

MASSARY ZIGARETTE

Massary Classe, dick rund 0/11	4	8
Massary Classe Gold	4	8
Massary Caid	5	8
Massary Roal	6	8
Massary Delf	8	8
Massary Ritter	10	8
Massaryhaus	15	8



URTEILLEN SIE SELBST!

KON LINON

Die Nacktübungen von Schulkindern.

Der deutschnationale Vorstoß gegen Stadtschulrat Paulsen mißlungen!

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben gestern die Deutschnationalen mit ihrem Antrag wegen der Nacktübungen von Schulkindern sich eine Niederlage geholt, die sie durch ihr lärmendes Verhalten nicht zu bemänteln vermochten. Genosse Dr. Weyl, der die denselben Gegenstand behandelnde Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion begründete und als erster Redner zu Worte kam, begann sogleich mit einer scharfen Attacke. Er kennzeichnete die von den Deutschnationalen zur Schau getragene Entrüstung über die Nacktübungen als ein heuchlerisches Manöver, das nur der Wahlmaschinerie dienen solle. Unser Redner zog die Grenzen, innerhalb deren man sich mit diesen Übungen einverstanden erklären kann. Aus der Rede, mit der Stadtverordneter Rektor Troll den Antrag der Deutschnationalen begründete, erfuhr man, daß die Gelegenheit benützt worden sollte, einen Generalangriff gegen die Berliner Schulverwaltung und besonders gegen Stadtschulrat Paulsen zu versuchen. Genosse Paulsen antwortete in seiner schlichten Art, zeigte aber diesen „Freunden“ der Schule und der Jugend deutlich genug, was von ihnen zu halten ist. Die Schulverwaltung hat in der ganzen Angelegenheit durchaus ihre Pflicht getan, und gerade ihr ist es zu danken, daß überhaupt das Provinzialschulkollegium davon erfuhr und dann die weitere Untersuchung in die Hand nehmen konnte. Den Deutschnationalen stimmten die Redner der anderen bürgerlichen Parteien mehr oder minder zu, wobei einige sich in Schmähungen gegen Rektor Koch gütlich taten. Skandal provozierten besonders Knüppel-Kunze, der sich einen Anwurf gegen Stadträtin Genossin Wenz erlaubte, und im Schlusswort die Deutschnationalen Frau Kausler. Zurecht schufen die Deutschnationalen durch ungerechtfertigte Bemängelung der Geschäftsführung des Vorstehers einen Anlaß, die Versammlung beschlußunfähig zu machen. So konnten sie wenigstens diese eine Genugtuung mit nach Hause nehmen, aber sie hatten dadurch die Abstimmung über den Rest des Erwerbslosenantrages wieder unmöglich gemacht.

Die gestrige Sitzung eröffnete der Vorsteher Genosse Hah kurz nach 5 Uhr mit einem

Nachruf für Franz Krüger.

den uns so früh entzehrten Genossen. In warmen Worten würdigte er die Persönlichkeit und den Charakter des Entschlafenen, seinen raschen Aufstieg als Politiker, seine Verdienste um das Gemeinwohl, die 1922 zu seiner Kandidatur für den Vorsteherposten führten. Seit zwei Jahren hat ihn die schwere Erkrankung, die nunmehr mit seinem Hinscheiden ihren Abschluß fand, der Versammlung ferngehalten, die seinen vorzeitigen Tod beklagt und sein Andenken in Ehren halten wird. — Die Anwesenden hatten den Nachruf stehend angehört.

Eine große Zahl von Dringlichkeitsanträgen kam zur Berührung. Angenommen wurde ein solcher des Zentrums, der baldige Herausgabe der im Juni 1923 für die Festlegung der Grundmiete für Dienstwohnungen angelegten Richtlinien fordert, und einer der Wirtschaftsparteiler, der eine Berufungsinstanz für die Austragung von Streitigkeiten über die Veranlagung von Räumen zur Vermögenssteuer verlangt.

Zur Verhandlung stand zunächst die Anfrage der DDP, betreffend Unregelmäßigkeiten in

Küchenbetriebe städtischer Krankenanstalten.

Es wird Bericht insbesondere darüber gewünscht, inwieweit Aufsichtsbearbeiter beteiligt oder darüber unterrichtet waren.

Nachdem Vertreter namens der Interessenten vornehmlich auf die unter dem Personal der Krankenhäuser herrschende Erregung hingewiesen, führte der Stadtmedizinalrat Kabanow die Leiter immer noch nicht ganz ausgerotteten Mißstände auf den Diebstahl an Vorräten zurück, gegen den die Vermehrung fortgesetzt ankämpfe. Genosse Teschke legte dar, daß diese Unregelmäßigkeiten nicht von heute und gestern stammen, sondern Jahre zurückliegen. Speziell

im Birchow-Krankenhaus habe man es mit Unehrlichkeit der Vorgesetzten des Aufsichtspersonals zu tun gehabt; dort war es soweit, daß der Betriebsrat der Arbeitnehmer der Direktion die Flucht in die Öffentlichkeit ankündigte, wenn sie gegen die zur Korruption gesteigerten Unregelmäßigkeiten nicht Front mache. Dennoch sei seitens der Direktion nichts geschehen. Selbst die Aufsichtsbeamten hätten sich jahrelang an den unerlaubten Missetaten, die aus der Kasse für die Kranken stammten und diesen so entzogen wurden, beteiligt. In einem Disziplinarverfahren gegen eine angestellte Wirtschaftsprüferin sei festgestellt, daß diese wochenlang dem Krankenhaus nicht oesedete Personen verpflegt habe, auch der reich gedeckte Frühstückstisch für die oberen Instanzen war mit aus der Krankenkasse verpflegt; das untere Personal habe davon nichts erfahren. In dem erwähnten Verfahren sei festgestellt, daß sogar ein Stadtbaumeister dort jahrelang ein Zimmer erhalten habe und aus der Krankenkasse verpflegt worden sei, ohne zu bezahlen. Das sei doch Korruption! Der Magistrat müsse endlich energisch durchgreifen und das jetzige Aufsichtspersonal durch vertrauenswürdigeres ersetzen.

Sodann wendete sich die Versammlung der Anfrage der Sozialdemokraten vom 29. Januar zu.

was an den Behauptungen des Uba Kimmel vom 24. Januar im Preussischen Landtage wahr ist.

daß in der Berliner Schulverwaltung unter der Leitung des kommunizistischen Schulrats Paulsen Nacktübungen geübt würden. — Vom 22. Januar datierte der Antrag der Deutschnationalen, den gleichen Gegenstand betreffend; er verlangt Verhinderung dieser Nacktübungen und Einschreiten gegen die für diese Entgleisung Verantwortlichen. Gen. Dr. Wenz begründete die Anfrage. Er erluderte daran, daß der Stadtverordnete Kimmel (Dnat.) als Landtagsmitglied bei der Beratung über verschiedene Fragen des Gemeinwohlrechts die Vornahme von Neuwahlen auch in Berlin am 4. Mai befürwortet und dabei auf Dinge in der städtischen Schulverwaltung hingewiesen hat, die zum Himmel schreien, daß er vom „kommunizistischen“ Stadtschulrat Paulsen und von den „Kandalfen Nacktübungen“ in Berliner Gemeindefschulen gesprochen hat. Natürlich machten sich „Nacktübungen“ für die reaktionäre Wahlpropaganda am passendsten.

Es handle sich um hahnbüchene Übertreibungen

(Widerspruch und Lachen rechts); Herr Kimmel sei es nur um Bahnmache zu tun gewesen. (Große Unruhe rechts.) Mit rhytmisch-gymnastischen Übungen könne man freilich die Volkseele nicht zum Kochen bringen, um so eher aber, zumal die Zentrumshänger, um deren Stimme man werbe, wenn man über „Nacktübungen 6-14jähriger Schulkinder“ sich stützlich entrüste. Was sich abgespielt habe, habe in Sammelstunden stattgefunden, gegen die die Reaktion Sturm laufe. In der bürgerlich orientierten Bezirksversammlung „Tiergarten“ habe am Mittwoch eine Resolution gegen wenige Stimmen Annahme gefunden, wonach Anstoß an den Übungen in der Gemeindefschule Waldener Straße nicht zu nehmen sei. (Stürmischer Widerspruch rechts; Koch ruft: Die Bürgerlichen waren nicht im Saal!) Dann hätte ja die Versammlung beschlußunfähig sein müssen!

Rektor Troll (Dnat.): Man muß fragen: Ist denn so etwas in Berlin überhaupt möglich? Die „Arbeitsgemeinschaft“, spätere Jugendgruppe der Junglehrer des Bundes entschiedener Schulreformer propagierte die Nacktanstalt, zuerst unter dem Lehrerepersonal; später wurden auch Schulkinder zugezogen, deren Eltern damit einverstanden waren. Die Schuldeputation verhielt sich zunächst passiv; Kimmel konnte wohl annehmen, daß die Schulverwaltung mit diesen Übungen einverstanden war. In dem Programm der Jugendgruppe ist Fortführung dieser Nacktübungen vorgesehen; weiter soll Vortrag gehalten werden über Geschlechtsorgane, Schwangerschaft usw.; es fehlt nur noch der Hinweis auf Demonstrationen. (Großer Lärm links; Stadtverordneter Schumacher (Komm.) ruft zweimal: Der Mann ist ein Schweineigel! und wird zweimal zur Ordnung gerufen.) Diese Übungen in die Schulen zu verlegen und von Schulkindern vornehmen zu lassen, ist einer der übelsten pädagogischen Mißgriffe. Von rhytmisch-gymnastischen Übungen weiß der Hebräer nichts; wohl aber findet sich in einem Buche des Herrn Paulsen ein Passus über Körper-

kultur, der den Boden für diese Auswüchse abgeben hat. Verantwortlich ist die Schulverwaltung. Mit einem gelehrten historisch-philosophischen Exkurs kam der Redner zum Schluß und zur düsteren Prophezeiung: Finis Germania! (Das Ende Deutschlands!)

Stadtschulrat Paulsen, der hierauf das Wort nahm, konnte zunächst gegenüber dem Lärm der Rechten kaum aufkommen, als er die Berechtigung und die Vorzüge der rhytmischen Gymnastik

besprach und ankündigte, daß auch der Turnunterricht demnächst in dieser Richtung eine Erweiterung erfahren werde. Der Lehrer Adolf Koch sei mit seinen engeren Freunden darin zu weit gegangen, daß er die Übungen von den Teilnehmer nach vornehmen ließ. Der zuständige Kreisrat habe die betreffenden Kurse, da sie nicht angemeldet waren, sofort verboten; ein Grund zum Einschreiten der Schulverwaltung habe aber absolut nicht vorgelegen. Am 22./23. Januar sei dem Provinzialschulkollegium von dem Kreisrat Bericht erstattet worden, welches am 28. Januar Koch beurlaubte. Was die Berliner Schulverwaltung in der Sache verfehlt habe, sei ihm unerfindlich. (Stürmische Ausrufe rechts: Waren Sie dabei?) Als Antwort verlas Paulsen seinen Bericht an das Provinzialschulkollegium, indes der wüste Lärm rechts fortbauerte.

In der Besprechung der Anfrage und des Antrages kam zunächst der Urheber des Krachens, Herr Kimmel (Dnat.) zum Wort. Er zog gelindere Saiten auf als im Landtag. Seine langatmigen gegen den Stadtschulrat Paulsen gerichteten Ausführungen schloß er mit dem Appell, daß man nicht noch das Letzte, was wir noch haben, die Kinder, „verderben“ solle.

Genosse Dr. Wenz rechnete mit Troll und Kimmel gründlich ab, worauf ein Teil der Deutschnationalen und anscheinend auch Mitglieder des Zentrums durch Verlassen des Saales reagierten. Den Deutschnationalen hielt er vor, wie wenig sie Ursache zur Landeshochzeit hätten; er wies hin auf die Genüsse, denen sich in der „Landwirtschaftlichen Woche“ ihre Gesinnungsgenossen in Berlin hingeben pflegten, er deutete auf das Treiben in den Seebädern, wo die Radikultur „wie sie sie aufpassen“, zu Hause sei, er legte besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß gerade der konservative Landrat v. Stubenrauch gegen dieselbe heuchlerische Präterie die Freibäder in Wannsee geschaffen habe, und zeigte dann, daß solange noch ein Boelckh Unterrichtsminister sei und solange noch im Landtag und im Ratshaus eine bürgerliche Mehrheit bestehe, die Möglichkeit wirklicher pädagogischer Reformen noch nicht gegeben sei — sei diese Möglichkeit erst da, so werde die Frage, ob Sonderschulen oder nicht, sehr an Bedeutung verlieren. Die Schulverwaltung habe selbst die Aufgabe, Kurse für Körperkultur in den Schulen einzuführen, sie aber auch in die richtigen Bahnen zu leiten. Am Pranger stehe nicht die Schulverwaltung, sondern diejenigen, die vom Standpunkt sozialer Pöhlerei an die Beurteilung der Sache herantreten. — Specht (D. Sp.) warf Paulsen vor, daß er viel zu viel Versuchsschulen ins Leben rufe, daß er bei der Auswahl der Lehrkräfte die Junglehrer zu sehr bevorzuge und es an der hinreichenden Schulaufsicht fehlen lasse.

Stadtschulrat Paulsen war erfreut, daß die Deutsche Volkspartei jetzt prinzipiell die Versuchsschulen zugestanden habe. Nicht er sei der Agitator für solche Versuchsschulen, aber er sei dafür, denjenigen, die sich für die Gründung solcher interessieren und dafür zu wirken, Raum zu geben. Am Mittwoch habe

der Magistrat beschlossen, in Alt-Berlin zwei Versuchsschulen ins Leben zu rufen.

Den Vorwurf gegen den Magistrat bezüglich des Dr. Lukom bezeichnete Paulsen als hahnös, und daß Berlin sich bereits einer Kollektivierung der Gemeindefschulen erfreue, bestritt er. — Der Kommunist Sellheim erblickte in der Verhandlung den Beweis, wie weit die bürgerliche Kapitalistenmoral schon in den Morast geraten sei. Der ganze Vorstoß der Deutschnationalen sei nichts als öbste Bahnmache; die Fraktion lehnt den Antrag ab.

Um 10 Uhr schloß die Versammlung mit 83 gegen 65 Stimmen einen Schlußantrag ab. Richard Kunze erging sich in einem großen Ausfall gegen die Stadträtin Wenz, worauf die Angegriffene sofort scharf replizierte. Gegen 10 Uhr trat endlich der Schluß der Erörterung ein. Nach einem Schlusswort von Frau Kausler (Dnat.) protestierte Lüdicke (Dnat.) gegen das Verhalten des Vorstehers, der den Ausdruck „Moralheuchelei“ nicht gerügt habe. Vorsteher Hah erklärte, nach Einsicht des Stenogramms Anlaß zu einer Rüge nicht gehabt zu haben. Die Rechte verließ hierauf zum Protest den Saal, und kurz darauf schloß der Vorsteher nach 10 Uhr die Sitzung, da die Beschlußfähigkeit nicht mehr feststand.

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Während er einlud und kaffierte, grübelte er unausgeseht darüber nach, wo er eine breitere Basis für seinen spekulativen Geist finden könnte.

Seine Gedanken kehrten immer wieder zu dem mächtigen Bausteinbau zurück: dem Zirkus, der den ganzen Winter über in der Stadt blieb und während der vier Wochen langen Jahresmesse schlechte Einnahmen hatte.

Seidel benutzte die losen Beziehungen, die zwischen einigen Budenbesitzern und dem Zirkusunternehmer bestanden, und schlug diesem vor, Familienbillets zu ermäßigten Preisen zu verkaufen, solange die Jahresmesse in der Stadt sei. Auch solle er an Stelle der Zirkusplakate ein von einem guten Künstler zu entwerfendes modernes Plakat kleben lassen.

Von einem modernen Plakat wollte der Mann nichts wissen. Die Billettidee hatte er selbst gehabt und war schon dabei, sie auszuführen. Aber es gelang Seidel, einige für seine Zukunft wichtige Bekanntschaften mit Zirkuskünstlern zu machen.

Bald darauf behauptete Woff Sinsheimer, er habe Leo Seidel, im Pelz, den Zylinder auf dem Kopfe, im Vorraum des Berliner Wintergartens gesehen, in Gesellschaft von eleganten Damen und Varietékünstlern.

Und so konnten einige Jahre später seine früheren Kollegen vom Stadtmagistrat und die Schulkameraden, von denen die meisten zu dieser Zeit schon jung verheiratete Männer waren, nicht allzu sehr darüber verwundert sein, daß eines Tages Leo Seidel, der nicht lange Impresario geblieben war, als kaufmännischer Direktor des riesigen Wanderzirkus in die Heimatstadt zurückkehrte, im ersten Hotel abstieg und im eigenen Wagen fuhr.

Zu jener Zeit war Herr Hohmeier eben bis zum breiteren Wäschekorb vorgeückt und wollte sich verheiraten.

Der Besitzer des Zirkusunternehmens trankelte und hatte nur eine Tochter. Sie war siebzehn Jahre alt.

Kurz vorher hatte Seidel, der längere Zeit im Weizen- und dann im Stabeisengroßhandel mit nicht besonderem Erfolge tätig gewesen und deshalb noch einmal in das ihm ver-

traute Fach zurückgekehrt war, an der Börse sehr gewinnreich mit Baumwolle spekuliert. Er war seit Jahren Abonnent volkswirtschaftlicher, bank- und börsentechnischer Zeitschriften.

Er studierte die Preisschwankungen des Marktes nicht wie der Großindustrielle oder Börsianer, die, das Risiko zu vermindern, sich mit ihren Abschüssen von Tag zu Tag nach den Markt- und Börsenberichten orientieren; er verglich seit Jahren die an- und abfallenden Kurven der Export- und Importziffern aller Länder, verfolgte genau die hieraus sich ergebenden inner- und außenpolitischen Spannungen, täuschte sich selten über den Zeitpunkt hereinbrechender Wirtschaftskrisen — eine Fähigkeit, die ihn nicht nur vor Verlusten geschützt, sondern ihm seine bisher größten Gewinne eingebracht hatte — und wartete, in jeder Hinsicht gerüstet, seit langem nur auf die Situation, die es ihm gestatten würde, unter möglicher Ausschaltung des Risikos die Hand auf das ganz große Geschäft zu legen.

Schon jetzt glaubte Seidel begründete Hoffnung zu haben, die Siebzehnjährige nicht heiraten zu müssen.

3.

„Sie sind ja in der Brodstraße.“ Der Portier setzte sich wieder auf das Bänkchen.

„Wo Herr Knopffabrikant Sinsheimer wohnt?“

„Den hat der Schlag getroffen. Heute mittag. Punkt eins. Kommt von einem Geschäftsgang zurück, liest die eingelaufene Post, da trifft ihn der Schlag... Auch ein Unglück für die Familie!“

Jürgen überwand seine Scheu, ein Haus zu betreten, in dem ein Toter lag, stieg die Treppe hinauf, vorbei an dem farbigen Treppenhauseisen, auf dem Wilhelm Tell im Ausfall stand, bereit, den Apfel herunterzuschleusen von den blonden Locken.

Im Vorzimmer kämpfte Gulashdunst mit Medizingeruch. „Herr Adolf kommt gleich“, sagte das Dienstmädchen und drehte eine schwach und rot brennende Birne an im Salon.

Eichenmöbel, reich geschnitten, schwarz und unverrückbar schwer, füllten ihn. Zahllose Rippesgegenstände posierten, miauten, sangen, tanzten Renuett auf allen erdentlich-plätzchen und Ranten. Jürgen wand sich bis zu einem Stuhle durch, dessen hohe Lehne, gebildet durch zwei vielfach geschwungene, schwarzgebeizte Schwanenhälse, mit einer Wasserrolle abschloß, in der ein Frosch saß, das Kröchen auf dem Kopfe.

Ohne sich zu rühren, musterte er die Gegenstände, begann schließlich zu zählen: vier meterhohe Petroleumlampen — Geschenke, die niemals gebrannt hatten —, eine große Anzahl nie benutzter Tee-, Kaffee- und Vikerservice, entdeckte nachträglich noch zwei hohe, glänzende Gestelle, die er erst auch für Lampen hielt, dann aber als Tafelaufsätze erkannte: Nachbildungen des Eiffelturmes, auf dessen Stützwerten Birnen, Äpfel, Trauben, aus farbigem Tuche, lagen. An der Wand hing, zwischen dem Dadel, der, das weiße Zippeluch um den Kopf, an Zahnweh leidet, und dem Kästchen, das mit dem Wollknäuel spielt, ein kleiner Elefant, der den Rüssel hin und her schleuderte. Das Zifferblatt auf seiner Stirn stellte Afrika dar.

Unermittelt schlug der Gedanke ein, daß vielleicht im Zimmer nebenan der Tote liege. Um sich abzulenken, nahm Jürgen den Bronzelöwen in die Hand, der, schleichernd zusammengelauert, Lagen auf dem Rande, die Zunge dürftend in die Aschenschale steckte. Stand auf, sah umher, drehte am Schalter. Mit dem Verlöschen der Birne schwankten alle Möbel, wie betrunken, auf Jürgen zu und versanken in der Finsternis. Er fand den Schalter nicht wieder.

Da sah er in einem Blicke der Angst die Leiche im Salon liegen, schneeweiß aufgebahrt und mit genau derselben Kopfhaltung wie die seines Vaters. Schnell drehte er sich einige Male um sich selbst, bemüht, die Leiche des Vaters nicht im Rücken zu haben, und streckte die Hand frierend hinter sich nach dem Türdrücker aus.

Der Elefant trompetete. Die Tür knallte gegen Jürgen Kopf; Adolf hatte eintreten wollen. „Na, sag mal, sitzt du im Dunkeln!... Lina! Donnerwetter, Lina!“ Sie kam gesprungen. Jürgen wollte aufstehen.

„St! ja alles sehr schön! Aber weshalb wird denn nicht der ganze Bister angetupft, wenn Besuch da ist!... Bringen Sie Tofaier.“

Seine Hand hatte den Schalter gefunden. Zornig schritt er auch noch in die anderen drei Ecken: Immer mehr Birnen glühten auf an Kandelabern und am gewaltigen Lüfter. Die tausend Gegenstände standen tot im weißen Lichte. „So, nun mache dir's bequem.“

Jürgen setzte sich wieder auf den hochschneigen Schwanenstuhl und sprach, das Tokaierglas prostrand erhoben, verlegen sein Beileid aus über den entsetzlichen Unglücksfall, der Adolf betroffen habe.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

DEA.

Die deutsche Erdöl A.-G., die den Berlinern durch ihre Oleg-Wagen bekannt ist, ist wohl nach wie vor der größte deutsche Erdöl- und Braunkohlen-Konzern. Wir geben hier einen kleinen Überblick ihres Raft- und Wirtschaftsbereiches.

I. Erdöl- und Kohlenbetriebe (eigene und gepachtete Werke).

1. Mineralölwerke in Wiehe (im eigenen Besitz). Die ursprünglich der Deutschen Mineralölindustrie gehörenden Mineralölwerke in Wiehe werden seit 1919 von der Dea betrieben. Der Grundbesitz beläuft sich auf circa 320 Hektar; für weitere 7000 Hektar sind Verträge abgeschlossen. Die Dea gewinnungsgemäß auf 360 Bohrlocher im Pumpenbetriebe, zum Antrieb der Förder-, Bohr- und Pumpeneinrichtungen sind 365 Elektromotoren mit einer Gesamtleistung von 55 000 PS vorhanden. Eine Kleinbahn mit circa 11 Kilometer Gleisen verbindet das Werk mit der Staatsbahn. Seit 1917 ist neben der Gewinnung durch Bohren und Pumpen auch die bergmännische Förderung des Oils im Schachtbetrieb getrieben. Die Schachtanlage besteht aus einem Doppelschacht (246 Meter bzw. 220 Meter Tiefe bei einem Durchmesser von 5,2 bzw. 3,5 Meter). 28 Häuser mit 71 Wohnungen dienen zur teilweisen Unterbringung der 130 Angestellten und rund 1500 Arbeiter. Die Gesamtproduktion belief sich im Jahre 1922 auf circa 31 250 Tonnen.

2. Braunkohlenwerke (gepachtete Werke). Die Dea hat im Jahre 1916 die überwiegende Majorität der Röhler Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft, Alenburg, und im Jahre 1920 die der Vereinigten Kohlen-Aktiengesellschaft Borna, vornehmlich zum Zweck der Verarbeitung bituminöser Braunkohle auf Urteer im Generatorbetrieb, erworben. Sämtliche Betriebe der Vereinigten Kohlen-Aktiengesellschaft samt allem Zubehör sind von 1. Januar 1921 an und bis Ende der Röhler Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft vom 1. Juni 1921 an, an die Dea verpachtet. Gleichzeitig wurden die Romsdorfer Braunkohlenwerke, Aktiengesellschaft, Romsdorf, die Gewerkschaft Regis Kohlenwerke, Regis, sowie die Braunkohlgewerkschaft Braunsdorf in Braunsdorf von der Dea gepachtet. Die Romsdorfer Braunkohlenwerke verfügen über ein Grubenfeld von rund 640 Hektar, die Gewerkschaft Regis über ein solches von rund 225 Hektar. Die Aktien bzw. Anteile beider vorgenannten Unternehmungen befinden sich fast ausschließlich im Besitze der Röhler Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft. Die Gewerkschaft Braunsdorf, von deren 1100 Aktien sich 1000 Aktien im Besitze der Vereinigten Kohlen-Aktiengesellschaft befinden, verfügt über ein Grubenfeld von rund 340 Hektar.

Alle mit der Dea abgeschlossenen Pachtverträge sind beiderseits halbjährlich kündbar und legen der Dea die Verpflichtung auf, einen Pachtzins zu zahlen, der die Abschreibungen auf die Stamm- und Revolverlagen, sowie die Auskehrung eines angemessenen Gewinnanteils zuläßt.

Auf sämtlichen Betrieben werden rund 1200 Beamte und 10 600 Arbeiter beschäftigt.

Die gesamte Braunkohlenproduktion des Dea-Konzerns betrug im Jahre 1922 5 722 500 Tonnen Rohbraunkohle und rund 1 900 000 Tonnen Briketts. Somit produzierte der Konzern 4,2 Proz. der gesamten Braunkohlenförderung bzw. 6,5 Proz. der Brikettproduktion Deutschlands.

Die auf den Braunkohlenwerken errichteten Generatoranlagen liefern jährlich 550 000 Tonnen Briketts durch. Der Anfall an Urteer betrug im Jahre 1922 48 500 Tonnen. Die daraus gewonnenen Destillate beliefen sich auf 43 450 Tonnen.

Die Gesamtproduktionsquote für alle Betriebe im Mitteldeutschen Braunkohlenbassin G. m. b. H. Leipzig, beläuft sich auf 672 000 Tonnen Rohkohle und 1 870 000 Tonnen Briketts. Das Sandkat dient dem Zweck der Produktions- und Preisregulierung, und ist bis zum 31. März 1925 abgeschlossen.

II. Bohr- und Schachtbetriebe und Maschinenfabriken.

Die Dea hat sich bei der Tiefbau- und Kälteindustrie norm. Gebhard u. König A.-G., Nordhausen, deren Kapital 4 500 000 M. Stammapital und 4 000 000 M. Vorzugsaktien beträgt, sowie an der Deutschen Schachtbau A.-G., Nordhausen, (Kapital nom. 4 000 000 M.) maßgeblich beteiligt.

Auf die ganz im Besitz der Dea befindlichen Anteile der Allgemeinen Bohrergesellschaft m. b. H. (nom. 520 000 M.) sind in den letzten Jahren keine Gewinne ausgeschüttet worden.

III. Raffineriebetriebe.

Die Dea besitzt sämtliche Geschäftsanteile der Deutschen Erdölwerke G. m. b. H., Wilhelmshagen, hannoversche Erdölraffinerie G. m. b. H., Hana-Linden, Mineralraffinerie Grabow G. m. b. H., Grabow, und der Mineralraffinerie Rheinau G. m. b. H., Wannheim-Rheinau. Die bedeutendste Raffinerie in Wilhelmshagen verfügt über eigenes Wasser- und Bahnanschluss (2500 Meter Gleis) über Terrain im Ausmaß von 16 Hektar. Die Verarbeitungskapazität beträgt 36 000 Tonnen im Jahre, welche sich jedoch nach Fertigstellung der in Angriff genommenen Neubauten auf rund 60 000 Tonnen steigern wird. Tankraum für 15 000 Kubikmeter ist vorhanden.

Der Grundbesitz der drei übrigen Raffinerien umfaßt einen Flächenraum von zusammen rund 16 Hektar. Die Verarbeitungskapazität dieser drei Werke beläuft sich auf rund 30 000 Tonnen im Jahre bei 14 100 Kubikmeter Tankraum.

Die Gesamtverarbeitungsziffer für das Jahr 1922 beträgt 60 490 Tonnen.

IV. Kerzen-, Wachs- und chemisch-technische Fabriken.

Unter dieser Gruppe befinden sich die im Jahre 1912 erworbenen Deutschen Benzinfabriken G. m. b. H., deren sämtliche Anteile (nom. 724 500 M.) im Besitz der Dea sind. Sie ist die Dachgesellschaft für verschiedene chemische Fabriken, darunter vornehmlich die Chemische Fabrik Eisenbüchel bei Braunschweig (Grundfläche 13 Hektar, Lager-

kapazität 354 Kubikmeter, Leistung der Raffination 3000 Tonnen, Leistung der Destillation 2600 Tonnen) und die Chemische Fabrik Deiglmayr in München (Grundfläche 14 Hektar, Leistung der Destillation 3600 Tonnen, Leistung der Raffination 7500 Tonnen). Ferner verfügt die Dea über das nom. 11 000 000 M. betragende Kapital der F&E, Fettindustrie A.-G., Dortmund. Die Firma wurde im Jahre 1922 gegründet und pachtete ein im Dortmunder Petroleumhafen liegendes Gelände mit der darauf befindlichen Fabrikationsanlage. Inzwischen hat die Dea weitere Angliederungen in der Wachswarenbranche vorgenommen und zwar durch Erwerb von 49 Proz. des nom. 12 000 000 M. betragenden Aktienkapitals der Compe u. Cie. A.-G., Düsseldorf, ferner 51 Proz. des nom. 12 800 000 M. betragenden Kapitals der Joseph Gausch A.-G. in München, und circa 99 Proz. des nom. 15 000 000 M. betragenden Kapitals der Karl Rübham, Wachswarenfabrik, A.-G., Fulda. Die Joseph Gausch A.-G. hat 60 Proz., die Karl Rübham A.-G. 100 Proz. für das erste Geschäftsjahr 1922/23 bzw. 1922/23 bereit. Das erste Geschäftsjahr der Compe u. Cie. A.-G. läuft erst am 30. November 1923 ab.

V. Verkaufs- und Handelsgesellschaften.

a) Die „Oleg“ Aktiengesellschaft für Mineralölprodukte, Wien. Die Dea besitzt von dem insgesamt nom. 3 000 000 österreichische Kronen betragenden Aktienkapital nom. 2 741 000 österreichische Kronen = 91,35 Proz. Aktien. (Dividende 1919/20 5 Proz., 1920/21 15 Proz., 1921/22 25 Proz.) Durch die Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse infolge des Krieges ist die frühere Bedeutung der Wiener Gesellschaft erheblich herabgemindert. Sie verfügt über verschiedene Beteiligungen, darunter über die Aktien der „Hunnia“ Verkehrs- und Lagerungs-Aktiengesellschaft, Nagybány (bei Budapest).

b) Die „Oleg“ Petroleum-Gesellschaft m. b. H. in Berlin, ursprünglich eine Gründung der Oleg in Wien, derzeit ganz in dem Besitz der Dea, dient als Vertriebsgesellschaft für Petroleumprodukte in Deutschland und auch als Erporstelle für ausländische Verläufe an solchen Produkten. Sie unterhält an allen wichtigeren Plätzen des Inlandes Verkaufsbüros und Lager und beschäftigt insgesamt 638 Angestellte und 418 Arbeiter.

c) Der Deutsche Mineral-Verkaufsverein G. m. b. H., Berlin, dessen sämtliche mit 25 Proz. eingezahlten Anteile im Gesamt-Rominalbetrage von 500 000 M. die Dea besitzt, befaßt sich mit dem Vertrieb von Mineralölerzeugnissen an Händler und betreibt auch ein Rominalwachs-Exportgeschäft nach dem Ausland.

d) Die 1923 gegründete „Briso“, Brikett- und Kohlenhandels-Aktiengesellschaft, Leipzig, ist die Vertriebsorganisation für den gesamten Braunkohlenabfall des Dea-Konzerns. Das Aktienkapital von derzeit nom. 30 000 000 M. befindet sich in vollem Umfang im Besitz der Dea.

VI. Umschlagsbetriebe und Transportmittel.

a) „Röhlerbrand“ Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Diese Gesellschaft, deren sämtliche vollstanzgezahlten Geschäftsanteile sich im Besitz der Dea befinden, ist Eigentümerin einer Seemanns- und Tankanlage im Hamburger Hafen. Diese Anlage weist bei eigenem Wasser- und Gleisanschluss eine Terraingröße von rund 80 Hektar auf und verfügt über 24 Lagerantenn mit einem Fassungsvermögen von 48 000 Kubikmeter. Die Leistung der zahlreichen Pumpenanlagen beläuft sich auf 250 Tonnen in der Stunde; im Jahre 1922 wurden 55 000 Tonnen umgeschlagen.

b) Tankanlage Regensburg. Die Anlage verfügt über ein Grundstück von 4 Hektar, Bahn- und Wasseranschluss, 3 Lagerantenn mit 6000 Kubikmeter Fassungsvermögen.

c) Fließfahrzeuge, Kesselwagen, Fuhrpark. Die

Dea besitzt 9 Tankerichter mit 6768 Tonnen Tragfähigkeit, außerdem eine Dampf- und Rotorbaraffe, ferner einen Lankdampfer-Neubau (circa 550 Tonnen). Der Kesselwagenbestand beträgt 733 eigene und 615 Mietwagen. Der Kraftwagenpark beläuft sich auf insgesamt 71 Fahrzeuge verschiedener Gattung.

VII. Kautschukbetriebe.

Die Dea besitzt 580 von 1000 Anteilen der Kautschukwerke Weimar, welche über ausgebreitete unerrichtete Felder in Thüringen verfügen.

VIII. Ausländische Werke.

Neben einer inzwischen veräußerten Beteiligung an der „Kava“, Wien, der Entschädigungsforderung wegen der enteigneten Premier Shares, das oben erwähnte finanzielle Interesse der Gesellschaft an der Terra A.-G., Zürich. Diese letztere besitzt im wesentlichen circa 40 Proz. des nom. 25 000 000 Frank betragenden Stammkapitals der Internationalen Petroleum-Union, Zürich.

Die Produktionsziffern der letzten drei Geschäftsjahre betragen:

	1920	1921	1922
an Destillaten jeder Art	91 865 t	97 888 t	111 010 t
an Rohkohle	4 658 016 t	5 178 780 t	5 722 500 t
an Briketts	1 822 420 t	1 777 200 t	1 893 519 t

Die Werte des Riesenkonzerns stehen so zu Buche, daß nach den eigenen Angaben der Verwaltung „nach kaufmännischem Ermessen jede Ueberraschung durch ein plötzliches Umschlagen der Konjunktur ausgeschlossen“ sei.

Wie Emminger die Kleinaktionäre kühlt.

Die Verordnung über Goldbilanzen, die geistig den Großaktionären und Herren der Industrie mehr verwandt ist als den Banken und deswegen von diesen besonders heftig bekämpft wird, erfährt jetzt eine grundlegende Aenderung. Dabei ist zu beachten, daß die Verordnung vom 28. Dezember 1923 stammt und die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen heute noch fehlen.

Ein Kernstück jener Verordnung lautet fest, daß die Kleinaktionäre in Zukunft auf nominal 100 Goldmark lauten dürfen. Praktisch stellt dies eine Beschränkung neben einer reichlichen Dosis Naivität und Ueberbedachtlichkeit auch Interessentenpolitik. Bei einer ehestigen Umstellung der Papiermark auf Gold genügt ja für 95 Proz. aller deutschen Gesellschaften nicht die Abstreifung einer einzigen Null von Nominalwert der Aktien (100 Goldmark = 1000 Papiermark). Unter dem Druck der Tatsachen gingen deswegen jene Gesellschaften, die ihre Bilanz rasch auf Goldrechnung umstellen, neben der Nullabstreifung dazu über, ihre Aktien auch noch zusammenzuliegen. Bei einer Zusammenlegung im Verhältnis 100:1 gehören dann aber zehn Aktien zusammen 10 000 Papiermark (Nominalwert) dazu, um eine Aktie über 100 Goldmark zu erlangen. Damit wird das Schicksal der Kleinaktionäre, das Mittelstandes des Aktienbesitzes (etwa bis zum Besitz von 50 Aktien) aber recht trübselig. In diesen Kreisen werden meist nicht so viel Aktien in einer Hand vereinigt sein, daß bei der Zusammenlegung auch nur eine Goldaktie herauskommt. Es bleibt dann nur der Verkauf der Aktien, wahrscheinlich bei gedrücktem Kurs, übrig. Die Verordnung sah keinen ernsthaften Schutz gegen diese Benachteiligung der Kleineren und der Begünstigung der größeren Aktionäre vor.

Jetzt macht das Reichsjustizministerium bekannt, daß es die Kleineren Aktionäre vor dem zwangsweisen Verkauf ihres Aktienbesitzes zu schützen gedenkt. Durch eine neue Verordnung des sehr thätigen Herrn Justizministers Emminger wird das vorbereitet. Er hat demnach einfach jede Zusammenlegung verboten. Die Kapitalisten sollen gefälligst die anderen Wege der Bilanzverordnung gehen. Jene beiden nun allein möglichen Wege sind entweder die Schaffung eines Kapitalerwerbsverbotes auf der Aktionärsseite der Bilanz und damit Dividendenlosigkeit bis zu besserer Abtragung, oder Erhöhung der Aktien durch Goldzubußen, bis das vorhandene Papierkapital mit Gold aufgefüllt ist. Bei der Beschreibung des einen Weges bekommen die Kleinaktionäre jahrelang keine Dividende zu sehen, bei Benutzung des anderen müssen sie — verkaufen, weil sie nicht genug Geld haben, um die geforderten Zuschüsse leisten zu können!

Das nennt Herr Emminger „Schutz der Kleinaktionäre“! Das ist die bayerische Art, ein Gesetz durch eine Ergänzung zu zerlegen. Die Großkapitalisten lachen sich eins ins Häuschen und Herr Emminger „berichtigt“.

Politische Dampffesselüberwachung?

Der preussische Handelsminister, Genosse Siering, ist in einem Teile der Presse wegen der von ihm geforderten Gemeinschaftsarbeit bei der Dampffesselüberwachung heftig angegriffen worden. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er sich von politischen Erwägungen leiten lasse und dem Staate und der Industrie ganz überflüssigerweise nicht unerhebliche Lasten aufbürden wolle.

Die gefällig vorgeschriebene Überwachung der Dampffessel- und sonstigen überwachungsbedürftigen Anlagen wurde bisher von den Ingenieuren der Dampffesselüberwachungsvereine, die aus-

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung vom Donnerstag, den 7. Februar

offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels e. V., Berlin. Die Preise verstehen sich in Gold-M. für 50 kg in Originalpackung ab Lager Berlin

Gerstengraupen, lose	14,25—15,15	Schwarzer Pfefferlingap.	98,00—105,00
Gerstengraupen, lose	14,25—15,15	Weißer Pfeffer	130,00—141,00
Haterrüben, lose	14,25—15,15	Fi nent Jamaica	75,0—80,00
Haterrüben, lose	14,25—15,15	Robkaffee Zentralam.	240,00—260,00
Malzgerst	20,25—20,55	Robkaffee Brasil	170,00—205,00
Malzgerst, lose	23,50—23,75	Röstkaffee Zentralam.	380,00—400,00
Ro-gemehl 0/1	11,75—12,25	Röstkaffee Brasil	210,00—270,00
Wetznugels	16,50—17,00	Malzkaffee gepackte	23,00—25,00
Hartgerst	21,00—23,50	Röstgerste, lose	16,00—18,00
7. Weizenmehl	13,00—15,00	Erstmalzschmäh mit 20%	—
Weizen-Auszugmehl	16,50—20,50	Kaffee, gepackte	60,00—70,00
Speiseerbsen, Viktorie	19,50—23,00	Kakao-pulver stark emulsi	100,00—130,00
Speiseerbsen, kleine	15,00—17,00	Yee in Klitten Souchon	320,00—380,00
Bohnen, weiße, Perl	21,00—22,00	Inlandszucker basis mel	33,0—39,00
Langbohnen, hanoveries	20,00—20,00	Inlandszucker Raffinade	41,00—43,00
Linsen, kleine	25,00—33,00	Zucker Würfel	46,00—47,00
Linsen, mittel	26,00—40,00	Kunsthonig	40,0—44,00
Linsen, große	41,00—45,00	Marmelade Einf. Erb.	108,00—111,00
Kartoffelmehl	16,5—17,50	Marmelade Vierfrucht	35,00—50,00
Makkaroni, lose	26,00—28,00	Steinsalz in Säcken	3,74—4,00
Schnittnudeln, lose	20,00—23,75	Steinsalz in Packung	4,30—4,60
Schnittnudeln, lose	17,00—20,00	Steinsalz in Säcken	4,20—5,20
Slam Parna I glasirt	24,50—27,00	Siedesalz in Packung	3,40—5,50
Grober Bruchreis	16,50—18,40	Bratenschmalz in Tierces	65,00—70,00
Reisgrütze, lose	13,40—14,25	Puralrol in Tierces	60,00—67,00
Rin-Apfel, amerik. extra	115,00—125,00	Speisestärke in Packung	45,00—50,00
Getr. Aprikosen, cal. fancy	147,00—160,00	Speisestärke in Käßeln	45,00—48,00
Getr. Birnen, cal. fancy	135,00—150,00	Margarine, Handelsm. I	56,00—
Getr. Pfirsiche, cal. extra	127,00—130,00	dest. II	48,00—52,00
Getr. Pfirsiche	45,00—48,00	Margarine, Spezialm. I	76,00—
Getr. Pflaumen	80,00—90,00	dest. II	87,00—99,00
Korinthinen in Klät. choice	80,00—90,00	Molkereibutter	35,00—36,00
Rosinen in Klatten Candia	75,00—80,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K	55,00—56,00
Desot. Carabornu	85,00—95,00	Speck, gesalzen, fett	58,00—70,00
Soltaninen in Klatten	85,00—100,00	Quadratkäse	80,00—80,00
Mandeln, bittere Bari	130,00—150,00	Quarkkäse	80,00—70,00
Mandeln, süße Avola	145,00—150,00	Fläster Käse, vollfett	115,00—125,00
Kaneei	190,00—200,00	Tilsiter Käse, halbfett	65,00—75,00
Kassia Vera	110,00—120,00	Aust. ungeruck. Condensm	—
Ummel, holländischer	143,00—170,00	milch 6 1/2	25,00—26,00
Nelken Zanzibar	240,00—250,00	Inländische degl. 4 1/2	10,00—10,00
		inh. gez. Condensm. 4 1/2	27,00—31,00

Heutige Umrechnungszahl 1900 Milliarden

Makrelbückl. Pfund 25 Pt.		Rosen-Heringe St. 35 Pt.		Sprottbückl. Pfund 45 Pt.		Kiel-Sprotten Pfund 60 Pt.		Matjesheringe St. 15 Pt.		Sardinen Dose ca. 2 Pfund 2 3/5	
Magermilch 1/2 Dose 45 Pt. <td colspan="2">Vierfrucht-Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 3 2/5 <td colspan="2">Landiebertwurst Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Rotwurst nach Thüringer Art. Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Süzwurst Pfund 75 Pt. <td colspan="2">Daikatess-Sülze ca. 2-Pfund-Dose 38 Pt. </td></td></td></td></td>		Vierfrucht-Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 3 2/5 <td colspan="2">Landiebertwurst Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Rotwurst nach Thüringer Art. Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Süzwurst Pfund 75 Pt. <td colspan="2">Daikatess-Sülze ca. 2-Pfund-Dose 38 Pt. </td></td></td></td>		Landiebertwurst Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Rotwurst nach Thüringer Art. Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Süzwurst Pfund 75 Pt. <td colspan="2">Daikatess-Sülze ca. 2-Pfund-Dose 38 Pt. </td></td></td>		Rotwurst nach Thüringer Art. Pfund 65 Pt. <td colspan="2">Süzwurst Pfund 75 Pt. <td colspan="2">Daikatess-Sülze ca. 2-Pfund-Dose 38 Pt. </td></td>		Süzwurst Pfund 75 Pt. <td colspan="2">Daikatess-Sülze ca. 2-Pfund-Dose 38 Pt. </td>		Daikatess-Sülze ca. 2-Pfund-Dose 38 Pt.	
Camembert Schachtel 19 Pt. <td colspan="2">Quadratkäse Pfund 45 Pt. <td colspan="2">Tilsiter Käse Pfund 70 Pt. <td colspan="2">Harzer Käse Klasse ca. 1/2 Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Pflaumen-Apfel Marmelade mit 60% Raffinade, Elmer ca. 2 Pfund 1 2/5 <td colspan="2">Auszugmehl amerik. Pfund 17 Pt. </td></td></td></td></td>		Quadratkäse Pfund 45 Pt. <td colspan="2">Tilsiter Käse Pfund 70 Pt. <td colspan="2">Harzer Käse Klasse ca. 1/2 Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Pflaumen-Apfel Marmelade mit 60% Raffinade, Elmer ca. 2 Pfund 1 2/5 <td colspan="2">Auszugmehl amerik. Pfund 17 Pt. </td></td></td></td>		Tilsiter Käse Pfund 70 Pt. <td colspan="2">Harzer Käse Klasse ca. 1/2 Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Pflaumen-Apfel Marmelade mit 60% Raffinade, Elmer ca. 2 Pfund 1 2/5 <td colspan="2">Auszugmehl amerik. Pfund 17 Pt. </td></td></td>		Harzer Käse Klasse ca. 1/2 Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Pflaumen-Apfel Marmelade mit 60% Raffinade, Elmer ca. 2 Pfund 1 2/5 <td colspan="2">Auszugmehl amerik. Pfund 17 Pt. </td></td>		Pflaumen-Apfel Marmelade mit 60% Raffinade, Elmer ca. 2 Pfund 1 2/5 <td colspan="2">Auszugmehl amerik. Pfund 17 Pt. </td>		Auszugmehl amerik. Pfund 17 Pt.	
Frisches Fleisch		Schweinefleisch Pfund 80 Pt. <td colspan="2">Hammel-Vorderfleisch Pfund 60 Pt. <td colspan="2">Hammel-Keulen Pfund 80 Pt. <td colspan="2">Kalbs-Keulen Pfund 90 Pt. <td colspan="2">Gehacktes Pfund 60 Pt. </td></td></td></td>		Hammel-Vorderfleisch Pfund 60 Pt. <td colspan="2">Hammel-Keulen Pfund 80 Pt. <td colspan="2">Kalbs-Keulen Pfund 90 Pt. <td colspan="2">Gehacktes Pfund 60 Pt. </td></td></td>		Hammel-Keulen Pfund 80 Pt. <td colspan="2">Kalbs-Keulen Pfund 90 Pt. <td colspan="2">Gehacktes Pfund 60 Pt. </td></td>		Kalbs-Keulen Pfund 90 Pt. <td colspan="2">Gehacktes Pfund 60 Pt. </td>		Gehacktes Pfund 60 Pt.	
Kassler Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Ochsensuppenfleisch prima, ohne Knochen Pfund 50 Pt. <td colspan="2">Ochsenschmorfleisch prima, ohne Knochen Pfund 60 Pt. <td colspan="2">Apfelmus 3-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Kirschen 2-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Erdbeeren 2-Pfund-Dose 1 9/8 </td></td></td></td></td>		Ochsensuppenfleisch prima, ohne Knochen Pfund 50 Pt. <td colspan="2">Ochsenschmorfleisch prima, ohne Knochen Pfund 60 Pt. <td colspan="2">Apfelmus 3-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Kirschen 2-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Erdbeeren 2-Pfund-Dose 1 9/8 </td></td></td></td>		Ochsenschmorfleisch prima, ohne Knochen Pfund 60 Pt. <td colspan="2">Apfelmus 3-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Kirschen 2-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Erdbeeren 2-Pfund-Dose 1 9/8 </td></td></td>		Apfelmus 3-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Kirschen 2-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Erdbeeren 2-Pfund-Dose 1 9/8 </td></td>		Kirschen 2-Pfund-Dose 1 1/5 <td colspan="2">Erdbeeren 2-Pfund-Dose 1 9/8 </td>		Erdbeeren 2-Pfund-Dose 1 9/8	
Vierfrucht-Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer 8 2/5 <td colspan="2">Johannisbeer-Apfel Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 4 4/10 <td colspan="2">Kirsch-Apfel Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 4 4/10 <td colspan="2">Corned beef Dose 55 Pt. <td colspan="2">Bauernmettwurst grobe Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pfund 1 1/10 </td></td></td></td></td>		Johannisbeer-Apfel Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 4 4/10 <td colspan="2">Kirsch-Apfel Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 4 4/10 <td colspan="2">Corned beef Dose 55 Pt. <td colspan="2">Bauernmettwurst grobe Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pfund 1 1/10 </td></td></td></td>		Kirsch-Apfel Marmelade mit ca. 60% Raffinade, Elmer ca. 10 Pfund 4 4/10 <td colspan="2">Corned beef Dose 55 Pt. <td colspan="2">Bauernmettwurst grobe Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pfund 1 1/10 </td></td></td>		Corned beef Dose 55 Pt. <td colspan="2">Bauernmettwurst grobe Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pfund 1 1/10 </td></td>		Bauernmettwurst grobe Pfund 1 1/10 <td colspan="2">Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pfund 1 1/10 </td>		Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pfund 1 1/10	
Teewurst Pfund 1 3/5 <td colspan="2"></td> <td colspan="2"></td> <td colspan="2"></td> <td colspan="2"></td> <td colspan="2"></td>											

Tietz WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Weisse Waren aller Art in guter Qualität zu enorm billigen Preisen zum Vorkauf

